

nent. Sie wirkt in der Richtung der Aufhebung der Diktatur. Die endgültige Verwirklichung des sozialistischen Systems schafft eine Gesellschaft ohne Klassen, und mit der Abschaffung der Klassen verschwindet auch die Herrschaft einer Klasse über die andere.

Es ist eine höhere Stufe der Gesellschaft, zu der die Sowjetunion hinstrebt. Wenn alle Bedingungen dafür geschaffen sein werden – Überfluß und Reichtum für alle –, wird eine neue Gesellschaft erstehen, die auf ihren Fahnen die edlen Worte von Karl Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ führt:

„Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“<sup>1</sup>

Das ist, in ihrer einfachsten Form ausgedrückt, die kommunistische Theorie, und in seinem Buche „Staat und Revolution“ erklärt Lenin, worin die endgültige Freiheit und die wirkliche Demokratie bestehen:

„Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d. h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt – erst dann ‚hört der Staat auf zu bestehen‘ und ‚kann von Freiheit die Rede sein‘. Erst dann ist eine tatsächlich vollkommene Demokratie, tatsächlich ohne jede Ausnahme, möglich und wird verwirklicht werden. Und erst dann beginnt die Demokratie *abzusterben*, infolge des einfachen Umstands, daß die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Greueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich nach und nach *gewöhnen* werden, die elementaren, von alters her bekannten und seit Jahrtausenden in allen Vorschriften gepredigten Regeln des Zusammenlebens einzuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, *ohne den besonderen Zwangsapparat*, der sich Staat nennt, einzuhalten.“<sup>2</sup>

Das alles klingt vielleicht utopisch. Die Verwirklichung bedingt sicherlich eine lange sozialistische Erziehung. Aber wer wagt es, die Möglichkeit dieser Verwirklichung zu leugnen? Welcher wahre

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 17.

<sup>2</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 225/226.

Demokrat würde leugnen wollen, daß dieser Zustand wünschenswert ist?

Die Stalinsche Verfassung ist der Ausdruck der erreichten Entwicklungsstufe der Gesellschaft. Das sowjetische Grundgesetz garantiert jedem Bürger:

das Recht auf Arbeit,  
das Recht auf Erholung,  
das Recht auf Bildung,  
das Recht auf materielle Sicherstellung  
bei Alter und Krankheit.

Diese greifbaren, den höchsten menschlichen Zielsetzungen entsprechenden Rechte stellen nicht etwa einen frommen Wunsch dar, der verwirklicht werden soll, wenn einmal die Umstände es erlauben werden. Sie umreißen nicht ferne Ziele, sondern legen bestehende Tatsachen fest, und die Gesellschaft, die diese Rechte besitzt und auch den Boden und die Produktionsmittel, die ihre Ausübung ermöglichen, hat die feste Grundlage gelegt zu einer wahrhaft gesunden und auf vollständiger Gleichberechtigung beruhenden Demokratie. Die Rechte erstrecken sich auf die Frauen und Männer der verschiedenen Rassen und Nationen. Der Artikel 123 der Verfassung lautet:

„Die Gleichberechtigung der Bürger der UdSSR auf sämtlichen Gebieten des wirtschaftlichen, staatlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens, unabhängig von ihrer Nationalität und Rasse, ist unverbrüchliches Gesetz.

Jede wie immer geartete direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte oder, umgekehrt, eine Festlegung direkter oder indirekter Bevorzugungen von Bürgern mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu einer Rasse und Nationalität, ebenso wie jegliche Propagierung einer rassenmäßigen oder nationalen Exklusivität oder eines Rassen- oder Nationalitätenhasses und der Mißachtung einer Rasse oder einer Nationalität werden gesetzlich geahndet.“<sup>1</sup>

Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, ist nicht frei. Das sind Wahrheiten, die in der Verfassung der UdSSR ihren Ausdruck finden. Aus dieser sozialistischen Erkenntnis stammen auch jene

<sup>1</sup> „Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, Berlin 1949, S. 45.



für uns wertvollen Worte Stalins mitten im Toben des Krieges im Jahre 1942 in einem Tagesbefehl an die Rote Armee:

„Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“<sup>1</sup>

Wahre politische Gleichheit setzt die wirtschaftliche Gleichheit voraus.

Solange riesiger Kapitalbesitz einzelnen Leuten eine weitgehende Kontrolle der Presse sichert, untergräbt schon in starkem Ausmaß diese Tatsache die demokratische Freiheit in kapitalistischen Ländern.

In der Sowjetunion erfüllt Millionen von Menschen, die gestern noch unterdrückt und mit Füßen getreten wurden, ein neuer Geist. Er offenbart sich in der neuen Regierungsform. Die tiefe Bedeutung dieses Fortschrittes kann nur ermessen werden, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß er ein Sechstel der Erde erfaßt. Menschen, die wahre Demokraten sein wollen, sollten sich über einen solchen Sieg des Fortschritts der Menschheit nur freuen, statt ihn zu verleumden und zu bekämpfen.

Die verleumderische Behauptung der Feinde der Sowjetunion, Stalin sei ein Despot, wird durch die Stalinsche Verfassung eindeutig widerlegt. Der Artikel 30 lautet:

„Das höchste Organ der Staatsgewalt der UdSSR ist der Oberste Sowjet der UdSSR.“<sup>2</sup>

Die demokratische Bedeutung einer solchen Bestimmung muß in Deutschland jedem klarwerden, der sich die Gewaltenteilung und den Artikel 48 der Weimarer Verfassung vor Augen hält. Das ernste Studium der sowjetischen Verfassung gibt uns die Zuversicht, daß eines Tages, wenn die Erregungen und leidvollen Ereignisse unserer Zeit vorbei sein werden, wenn die Geschichtsschreiber einmal die Tatsachen gegeneinander abwägen werden, die gewaltige Bedeutung der Sowjetunion voll erkannt werden wird.

<sup>1</sup> J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg“, S. 50.

<sup>2</sup> „Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, S. 18.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken umfaßt zwei Drittel Asiens und den größten Teil Osteuropas und ist die größte zusammenhängende Landfläche der Welt. Die Sowjetunion besitzt alle Naturschätze, deren die Industrie bedarf: Eisen, Kohle, Baumwolle. Mehr als die Hälfte der Weltvorräte an Petroleum und Mineralreichtümern nennt sie ihr eigen.

Das sozialistische Sechstel der Erde ist heute über das Versuchsstadium längst hinaus. Wir sind jedes Jahr besser in der Lage, dies festzustellen. Die Errungenschaften der letzten dreißig Jahre sind so groß und die Fortschritte so gigantisch, daß die Außenwelt es sich nicht weiter erlauben kann zu ignorieren, was dort vorgeht.

Die Fabriken, Bergwerke und Eisenbahnen, die Schifffahrt sowie die Handels- und landwirtschaftlichen Organisationen sind in der Sowjetunion Eigentum des Volkes. Das wirtschaftliche und soziale Leben des Landes wird nach einem Plan geleitet.

Bis dahin hatte ein solches Programm noch niemals Staatsmännern als Grundlage für ihre Regierungstätigkeit gedient. Noch niemals war die Güterproduktion in der Absicht organisiert worden, die Bedürfnisse eines ganzen Volkes zu befriedigen, sondern immer nur, um die Profite der Grund- und Fabrikbesitzer zu sichern, mit dem Ergebnis: Armut für die einen, Überfluß für die anderen.

Das sowjetische Programm umfaßt im Gegenteil die Gemeinschaft als Ganzes nach einem einheitlichen Plan, der, in einem Gemeinwesen von 200 Millionen Menschen, die Ansprüche jedes einzelnen in Rechnung stellt, ob Kind oder Jugendlicher oder Erwachsener.

Der Plan erforderte, daß jedes Einzelunternehmen unter die Kontrolle des Staates kam, daß alle Rohstoffquellen und jeder Hektar Land Eigentum des Volkes waren.

Der Plan setzte nicht nur die Überführung aller Produktionsmittel in Staatseigentum voraus, sondern verlangte auch die Beschleunigung des Tempos der Produktion.

Zu diesem Zwecke bedurften die Schaffenden des Anreizes einer



großzügigen Vision und eines großen Programms. Lenin hatte diese Idee. Sie findet sich in einem interessanten, im Jahre 1920 an Krshishanowski gerichteten Brief:

„Könnten Sie nicht einen Plan hinzufügen — nicht einen technischen... sondern einen politischen oder staatlichen Plan, d. h. einen Plan, der dem Proletariat eine Aufgabe stellt. Beispielsweise in 10 Jahren bauen wir 20 bis 30 (30 bis 50?) Kraftwerke, um das ganze Land mit einem Netz von Zentralen zu überziehen, jede mit einem Aktionsradius von 400 (oder 200, wenn nicht mehr zu schaffen ist) Werst... Wir brauchen sofort einen solchen Plan, um in anschaulicher und populärer Form die Massen durch eine helle und klare Perspektive zu begeistern: an die Arbeit denn, und in 10 bis 20 Jahren werden wir ganz Rußland... *elektrifiziert* haben.“<sup>1</sup>

Als die Elektrizität noch in den Kinderschuhen steckte, sah Marx in ihr die Grundlage der zukünftigen sozialistischen Technik. Eine sozialistische, bis aufs genaueste ausgearbeitete Planwirtschaft erfordert notwendigerweise eine auf weite Entfernungen übertragbare Energieart, die allgemein in ihrer Anwendung und billig in ihrer Herstellung ist. Die Elektrizität erfüllt alle diese Bedingungen. Sie ist die unerläßliche Grundlage für die großzügige Produktion eines sozialistischen Staates. Lenin arbeitete einen Elektrifizierungsplan aus, der ein das ganze Land umfassendes Netz von Regionalkraftwerken und Überlandleitungen vorsah. Der Plan wurde 1920 angenommen und sah 10 bis 15 Jahre für seine Verwirklichung vor.

„Ohne einen Elektrifizierungsplan können wir zum wirklichen Aufbau nicht übergehen“<sup>2</sup>,

hatte Lenin erklärt.

„Wir brauchen dieses Programm als einen ersten Entwurf, der vor ganz Rußland als großer Wirtschaftsplan erstehen wird, als der große Wirtschaftsplan, berechnet für nicht weniger als zehn Jahre, ein Plan, der zeigt, wie Rußland auf die wirkliche ökonomische Grundlage übergeleitet werden soll, die für den Kommunismus notwendig ist...“

---

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 35, S. 370, russ.

<sup>2</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, Moskau 1940, S. 57.

Kommunismus — das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes. Sonst wird das Land ein kleinbäuerliches Land bleiben.“<sup>1</sup>

Als diese Worte gesprochen wurden, es war auf dem VIII. Allrussischen Sowjetkongreß, tobten die Kämpfe noch an den Ufern des Dnjepr, und eine deutsche Invasionsarmee war eben in Kiew einmarschiert.

Heute beherrschen im Norden wie im Süden der gewaltigen Sowjetunion die elektrischen Pylone und Kabelleitungen die russische Landschaft.

Der Plan bahnte sich seinen Weg trotz aller Schwierigkeiten von innen und außen. Keine fremde Nation kam zu Hilfe. Kein Auslandskredit stand zur Verfügung. Trotzki und seine Helfershelfer sabotierten das Werk mit allen Kräften, unter dem Vorwand, der Sozialismus in einem Land allein sei nicht möglich, und die Sowjetunion könne ohne Auslandshilfe ihre Volkswirtschaft nicht wieder aufbauen.

Von da ab vollzieht sich jene gewaltige Wirtschaftsplanung in der Sowjetunion, deren Erfolg keine noch so bösartige Verleumdung heute mehr aus der Welt schaffen kann.

Betrachten wir die Ergebnisse dieses Planungssystems, so sehen wir: Die sowjetische Produktion hat sich ungeahnt entwickelt. Im Jahre 1929 (ein Jahr der kapitalistischen Hochkonjunktur) betrug die sowjetische Industrieproduktion 3,8 Prozent der Weltproduktion, 1932 (Jahr des Abstiegs für den Kapitalismus) erreichte sie schon 11 Prozent. Sie erreichte 15,2 Prozent im Jahre 1936, ein Beweis dafür, daß die sowjetische Produktion andauernder und schneller wächst als die kapitalistische Produktion in Perioden der Spitzenkonjunktur. Die Bevölkerung stieg vom 17. Dezember 1926 bis zum 17. Januar 1939 von 147 Millionen auf 170 Millionen bei gleichzeitigem Sinken der Sterblichkeitszahl um 40 Prozent im Vergleich zu 1913.

Nie vorher in der Geschichte wurde ein Versuch von solch riesigem Ausmaß unternommen. Amerika besitzt eine gewaltige Industrie. Die größten amerikanischen Unternehmen sind nur ein

<sup>1</sup> Ebenda, S. 57 und 58.



Kinderspiel gegenüber demjenigen, was in der Sowjetunion verwirklicht wird. Die Schwierigkeiten, die beim Aufbau der amerikanischen Industrie zu überwinden waren, waren nichts im Vergleich zu denen der Sowjetunion.

Kein Land der Welt kennt eine derartige Hochschätzung der Wissenschaft und stellt seinen Wissenschaftlern eine bessere Ausrüstung zur Verfügung als die Sowjetunion.

Die grundverschiedene Haltung gegenüber der Wissenschaft spiegelt sich auch in der Politik und der ganzen Tätigkeit der Regierung wider. Die industriellen und landwirtschaftlichen Probleme werden sorgfältig im Lichte der wissenschaftlichen Möglichkeiten geprüft und die entsprechende Forschung auf die Lösung dieser Probleme konzentriert. Das erklärt die Errichtung zahlreicher wissenschaftlicher Forschungsstationen in den industriellen und landwirtschaftlichen Zentren.

Ihre Zahl betrug im Jahre 1938 in der Sowjetunion 2292 gegenüber 211 im Jahre 1918, und 41 000 Personen waren mit Forschungsarbeiten beschäftigt in den Schulen und Forschungsinstituten, davon mehr als 4000 allein in der Akademie der Wissenschaften. Ihre Zahl wächst übrigens ständig.

Die Forschungsarbeit wurde in der Sowjetunion vereinheitlicht, ein gewaltiger Fortschritt, da das Nebeneinanderlaufen der Forschung vermieden wird, das bekanntlich ein Vielfaches an Arbeit bedeutet, ohne die Ergebnisse zu steigern. Erfindungen werden nicht mehr geheimgehalten oder zu Gewinnzwecken durch Patente geschützt; jede neue Erkenntnis auf irgendeinem Gebiete wird sofort allen zugänglich.

Nirgendwo und zu keinem Zeitpunkt änderte sich die wirtschaftliche Landkarte so schnell, so gründlich und so rationell wie in der Sowjetunion.

Die Industrie eroberte den Osten. Gestern gab es noch auf den Landkarten dieses Gebietes große weiße Flecken ohne Städte, Eisenbahnen und Straßen, sprechende Zeugen der landwirtschaftlichen Armut und der industriellen Stagnation dieser Gebiete. Die Straßen, Eisenbahnen und Städte, die heute dort eingezeichnet

sind, sprechen von menschlichem Arbeitsfleiß, reichen Ernten und aufblühender Bevölkerung.

Kein Mensch hat zur Zarenzeit davon geträumt, daß die dürren Wüsten des Südens, die Niederungen, die Sümpfe und die ausgedehnten vereisten Flächen des Nordens eines Tages dank der agronomischen Wissenschaft zur Fruchtbarkeit geweckt würden. Die Sowjetunion hat ihre landwirtschaftliche Karte in einem außergewöhnlichen Tempo verändert.

Die richtige Verteilung der landwirtschaftlichen Hauptindustrie über das Gebiet der Sowjetunion, wie Stalin im Jahre 1930 sie empfohlen, wurde ohne Zögern und ohne Unterbrechung durchgeführt. Der Getreidebau wurde sowohl nach dem Osten wie auch nach dem Norden ausgedehnt. Baumwollfelder wurden in den Steppen des Südens angelegt; die Zuckerrübe eroberte vollständig neue Gebiete; die Landwirtschaft dringt bis zum höchsten Norden vor, und neue landwirtschaftliche Kulturen aller Art tauchen in neuen Regionen auf. Die Ausbreitung der Landwirtschaft nach Norden klingt wie ein Märchen. Sie stellt einen der schönsten Triumphe der Sowjetagronomen dar. Im höchsten Norden, auf einem Breitengrad, der näher zum Nordpol liegt als Island, ist es gelungen, während des äußerst kurzen Sommers Getreide zur Reife zu bringen.

Der in anderen Ländern gewöhnlich beschrittene Weg zur schnellen Beschaffung der notwendigsten Produktionsmittel war in der Sowjetunion nicht gangbar. Kein kapitalistisches Land gewährte Darlehen. Die sozialistischen Prinzipien ließen eine Ausräuberung von Kolonialgebieten nicht zu. Für die Wiederausrüstung der Industrie gab es daher nur einen Weg. Die Sowjetunion war ganz allein auf ihre eigenen Hilfsquellen angewiesen, sie konnte aufbauen nur auf Kosten des Eigenverbrauchs ihrer Einwohner. Das bedeutete gewaltige Einschränkungen auf dem Gebiete der Ernährung und der Wohnungsbedingungen.

Die vom Volke übernommene Last war riesengroß. Die sowjetische Regierung sah der Lage mit Mut und Entschlossenheit ins Auge. Die Sowjetunion mußte aus eigenen Kräften Brennstoffe,



Metalle und mechanische Werkstätten aus dem Boden stampfen. Sie mußte ihre eigene Schwerindustrie schaffen. Die Staatsführung begab sich mit fieberhafter Eile ans Werk. Die gegenwärtige Lage gibt die unmißverständliche Antwort auf diese Fragen von gestern. Die Sowjetregierung wußte, was sie tat. Sie wußte auch — und das war von großer Bedeutung —, daß ohne den beschleunigten Ausbau der Schwerindustrie die Sowjetunion nie zu einer Stellung gelangen konnte, wie sie sie heute einnimmt.

In klarer Voraussicht einer mit aller Gewißheit zu erwartenden bedrohlichen Lage hat sie mit einer Umsicht gehandelt, die oberflächlichen Beobachtern Übereile zu sein schien. Trotz mancher Mißerfolge und unvermeidlicher Irrtümer fuhr sie fort, eine Industrie aufzubauen, die nicht hinter derjenigen eines beliebigen anderen Landes zurücksteht.

Das Gesamtvolumen der industriellen Produktion der Sowjetunion im Jahre 1937 hat den Index von 816,4 erreicht (die Produktion von 1913 mit 100 als Basis genommen). In derselben Zeitspanne ist der Produktionsindex der kapitalistischen Länder nur bis rund 150 gestiegen.

Und der Aufstieg des Landes vollzieht sich in einem bisher unbekanntem Tempo. Die Sowjetunion geht mit äußerster Energie an die Ausnutzung ihrer Reichtümer heran, und in erster Linie derjenigen, welche Kraft und Wohlstand verleihen: Kohle, Eisen, Petroleum und Wasserkräfte.

Die Sowjetunion fürchtet die Maschine nicht und hat auch keine Ursache dazu. Je mehr Maschinen es in einer planmäßig organisierten Wirtschaft gibt, desto leichter ist die Arbeit, desto kürzer die Arbeitszeit und desto angenehmer und glücklicher das Leben für alle. Sobald sie über die genügenden Mittel verfügte, begann die Sowjetunion mit dem Bau der Maschinen, die sie zur Güterproduktion benötigte, und besonders mit dem Bau jener Maschinen, von denen die Produktion aller anderen abhängt: der Werkzeugmaschinen, die dazu dienen, selbst Maschinen herzustellen.

Die Sowjetunion mußte also, um leben zu können, eine Werk-

zeugmaschinenindustrie schaffen, und um so weit zu kommen, mußte sie sich ihr eigenes technisches Personal heranziehen und ausbilden. Das war eine gewaltige komplizierte Aufgabe. Schulen, Mittelschulen und technische Institute, geleitet von Fachgelehrten, mußten ins Leben gerufen werden. Ein ganzes Volk, das früher überwiegend Agrarwirtschaft betrieb, mußte sich in das System der Maschinenlehre einarbeiten.

In der kurzen Zeitspanne von dreißig Jahren hat die Sowjetunion diese übermenschliche Aufgabe gelöst, und heute weiß die Welt, daß es kaum eine Maschine gibt, die nicht in der Sowjetunion selbst hergestellt wird.

In einem Ansturm hat das am wenigsten mechanisierte Sechstel der Erde die fortgeschrittensten Länder eingeholt. Die Sowjetunion produziert heute mehr landwirtschaftliche Maschinen als irgendein Land der Welt, die Vereinigten Staaten mit einbezogen.

Die erforderlichen Grundstoffe für die Lebensmittelindustrie sind heute reichlich vorhanden; sie werden geliefert durch Hunderttausende von Kollektivwirtschaften und Sowchosen, Milchhöfe in Sibirien, kollektiv betriebene Fischereiunternehmen im Fernen Osten, Teeplantagen in Georgien, Gemüsefarmen an der Wolga, Zuckerrübenkulturen in der Ukraine.

In bezug auf die Quantität des geernteten Getreides belegt die Sowjetunion den ersten Platz in der Welt. Sie züchtet an Brotgetreide doppelt soviel je Kopf der Bevölkerung als die Vereinigten Staaten und dreieinhalbmal mehr als das britische Empire.

Den ökonomischen Prinzipien entsprechend geht der Mensch heute in der UdSSR einer allseitigen Entwicklung entgegen.

Ein erstes Resultat dieser Lebensumstellung ist eine wahre Leidenschaft für das Buch. Sie wird befriedigt durch die Veröffentlichung zahlloser Zeitschriften und Bücher.

Die hohe Wertschätzung des Buches in der Sowjetunion findet ihren Ausdruck in dem Aufstieg der Bibliotheken. Die neue Lenin-Bibliothek umfaßt 12 Millionen Bände und ist die größte Bibliothek der Welt.



Sowohl quantitativ wie qualitativ hat die Presse eine gewaltige Entwicklung erfahren. Im zaristischen Rußland erschienen 1913 im ganzen 859 Tageszeitungen in einer Auflage von knapp 3 Millionen Exemplaren. 1939 erschienen in der Sowjetunion 8769 Tageszeitungen in einer Auflage von 37,5 Millionen. Die Buchproduktion in der Sowjetunion überstieg diejenige Englands, Deutschlands und Japans zusammengenommen.

Die Entwicklung der Sowjetunion ist so gewaltig und so revolutionär, daß es kaum gelingt, sie mehr als in groben Umrissen zu fassen.

Der Umbruch erschreckt noch viele Menschen. Und doch muß dieser Umbruch kommen. Das Leben ist ein ständiges Vorwärtsschreiten. Der Fortschritt mag langsam sein. Er ist oft mühsam und von vielen Rückschlägen unterbrochen. Sehr oft tritt die Menschheit auf der Stelle, wenn unüberwindlich scheinende Hindernisse ihr den Weg versperren. Aber die Umkehr ist immer nur das Suchen nach einem anderen Weg zum fernen Ziele. Der Marsch geht weiter, und der Umbruch vollzieht sich. Die siegreiche proletarische Revolution in Rußland wird den Umbruch bei uns und andernorts nach sich ziehen.

### *Was lehrt uns die Oktoberrevolution?*

Wir müssen aus der Erfahrung der Sowjetunion lernen. Die Erfolge der Sowjetunion zwingen uns aber, die Methoden, die zu diesen Erfolgen geführt haben, genauestens kennenzulernen. Wenn man den Fünfjahrplan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1946 bis 1950, der vom Obersten Sowjet in seiner Tagung vom 11. bis 19. März 1946 erörtert und bestätigt wurde, einem genauen Studium unterzieht, kommt man aus einem ehrfürchtigen Staunen nicht heraus. Ich kann hier nur einige Zahlen nennen, um einen Begriff über das Wirtschaftsphänomen der Sowjetunion zu vermitteln. Das Volks-

einkommen der UdSSR erreicht 1950 177 Milliarden Rubel und betrug 1913 nur 21 Milliarden Rubel. In diesen 177 Milliarden Rubel vergrößert sich der Anteil des Verbrauchsfonds auf Kosten der Verringerung der Kriegsausgaben bis auf 73 Prozent. Die Löhne der Arbeiter und Angestellten steigen von 162 Milliarden Rubel im Jahre 1940 auf 252 Milliarden Rubel. Schon diese wenigen Zahlen zeigen uns, welchen Wert die Sowjetunion wegen ihrer ganzen wirtschaftlichen Struktur notwendigerweise auf die Erhaltung des Weltfriedens legen muß. Verweilen wir ein wenig bei den lehrreichen Zahlen dieses Fünfjahresplans, so sehen wir aus dem Dickicht der Zahlen weitere Schlußfolgerungen aufsteigen, die für Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse keineswegs gleichgültig sind. Die industrielle Produktion betrug 1921 2249 Milliarden Rubel, sie steigt bis 1950 auf das Siebenfache, nämlich auf 15600 Milliarden Rubel. In dieser ungeheuren Steigerung der industriellen Produktion liegt im Gegensatz zu kapitalistischen Ländern keine Krisengefahr, denn diese Produktion wird gesteuert und gelenkt nicht zur Erzielung von Profiten, sondern zur Deckung der Bedürfnisse der anwachsenden Bevölkerungszahl und zur Erhöhung des Lebensniveaus des ganzen Volkes.

Bei Annahme der Zahl 100 als Produktionsstand der gesamten Erzeugnisse der Landwirtschaft für das Jahr 1932 beträgt der Stand der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung 225 Prozent. Für Getreidekulturen wird sich am Ende des Planjahrfünfts der Gesamtertrag an Getreide auf 127 Millionen Tonnen erhöht haben, was eine Zunahme um 7 Prozent gegenüber dem Stand von 1940 bedeutet. Dies sichert nicht nur die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, es schafft nicht nur die notwendigen Getreidereserven im Lande, sondern ermöglicht es der Sowjetunion, wie wir es aus ihrer Handelspolitik sehen, Getreide im Austausch gegen Ausrüstungsgegenstände in notleidende Länder zu leiten. Die Sowjetunion hilft notleidenden Völkern ohne Dollaranleihen, die darauf abzielen, die Welt zu erobern und die



betroffenen Länder zur Aufgabe ihrer nationalen Souveränität zu bringen. Hier liegen die Quellen einer wirklichen Friedenspolitik und einer Friedenswirtschaft, die die Billigung der Arbeiterschaft und der Friedensfreunde in der ganzen Welt finden werden. Diese ökonomische Kraft der Sowjetunion befähigte Stalin, in seiner Botschaft aus Anlaß des Sieges zu verkünden:

„Von nun an wird das große Banner der Völkerfreiheit und des Völkerfriedens über Europa wehen.“<sup>1</sup>

Wie trostvoll und dankbar sollte das deutsche Volk aus der gleichen Botschaft Stalins das frei von jedem Übermut des Siegers lautende Wort entgegennehmen:

„Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.“<sup>2</sup>

Das erklärt uns dieselbe Sowjetunion, über die Hitler drei Jahre vorher gesagt hatte, es gehöre zu seinen Aufgaben, sie zu zerstückeln und den Kaukasus, die Ukraine, Bjelorußland, das Baltikum und andere Gebiete von ihr loszutrennen. Er hatte behauptet:

„Wir werden Rußland vernichten, daß es sich nie mehr erheben kann.“

Welcher weltweite Unterschied besteht hier zwischen den politischen Prinzipien eines faschistisch-imperialistischen Raubstaates und denen eines friedfertigen sozialistischen Staates.

Das Sowjetvolk hat unmittelbar nach Beendigung der Kriegshandlungen seine friedliche sozialistische Aufbauarbeit wieder begonnen. Um die im neuen Fünfjahrplan gestellte Aufgabe des Wiederaufbaus zu erfüllen, braucht das Sowjetvolk vor allem einen dauerhaften Frieden und geordnete Handelsbeziehungen zu den übrigen Völkern. Denn eine sozialistische Wirtschaft kann nur in einer friedlichen Welt und in einer geordneten Weltwirtschaft gedeihen. Darum ist die Sowjetunion die natürliche und

<sup>1</sup> J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 222.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 223.

unermüdliche Kämpferin für den Frieden, darum ist sie bemüht, den unter schweren Opfern errungenen Sieg durch einen sicheren Frieden zu krönen. Darum kämpft die Sowjetunion ebenso unermüdlich gegen die Absichten des Monopolkapitals, wiederum einen Kampf um die Weltherrschaft zu entfesseln und neue Unruheherde in der Welt zu schaffen. Darum steht die Sowjetunion an der Seite aller Völker, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit gegen das internationale Monopolkapital verteidigen. Der konsequente Kampf der Sowjetunion gegen einen neuen Krieg wird uns auch offenbar durch die schonungslose Demaskierung der Kriegshetzer, die Wyschinski auf der Vollversammlung der UNO vorgenommen hat. Diese Entlarvung ist ein wahres Friedenswerk, weil es alle fortschrittlichen und friedlichen Kräfte der Welt wachrüttelt und von ihnen fordert, sich gegen die Antisowjethetze zu wenden, die nichts weiter ist als ein Nervenkrieg zur psychologischen Vorbereitung eines neuen Krieges. Wenn die Arbeiterklasse Deutschlands sich von der großartigen Entwicklung der UdSSR angesprochen und angezogen fühlt, dann ist es selbstverständlich, daß dies zu dem Wunsch nach einer aufrichtigen Freundschaft mit der Sowjetunion führt. In dieser Richtung kann auch allein nur das Interesse des deutschen Volkes und einer kommenden deutschen Außenpolitik liegen. Die Freundschaft mit der Sowjetunion bedeutet keinesfalls die Feindschaft mit Amerika oder irgendeinem anderen Lande. Wir wollen den Frieden, und weil wir den Frieden wollen, können wir keinerlei Feindschaft oder Spannung zu irgendeinem fortschrittlichen demokratischen Lande der Welt in Deutschland Raum geben. Wer uns darum als Russenknechte beschimpft, handelt genauso töricht wie derjenige, der etwa den sowjetischen Außenminister Molotow einen Deutschenknecht schimpfen würde, weil er bei dem Problem Deutschland Forderungen in der Welt vertritt, die den Interessen eines einheitlichen, friedlichen, demokratischen Deutschlands entsprechen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als *unabhängige* Partei in dem von den Besatzungsmächten erlaubten



betroffenen Länder zur Aufgabe ihrer nationalen Souveränität zu bringen. Hier liegen die Quellen einer wirklichen Friedenspolitik und einer Friedenswirtschaft, die die Billigung der Arbeiterschaft und der Friedensfreunde in der ganzen Welt finden werden. Diese ökonomische Kraft der Sowjetunion befähigte Stalin, in seiner Botschaft aus Anlaß des Sieges zu verkünden:

„Von nun an wird das große Banner der Völkerfreiheit und des Völkerfriedens über Europa wehen.“<sup>1</sup>

Wie trostvoll und dankbar sollte das deutsche Volk aus der gleichen Botschaft Stalins das frei von jedem Übermut des Siegers lautende Wort entgegennehmen:

„Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.“<sup>2</sup>

Das erklärt uns dieselbe Sowjetunion, über die Hitler drei Jahre vorher gesagt hatte, es gehöre zu seinen Aufgaben, sie zu zerstückeln und den Kaukasus, die Ukraine, Bjelorußland, das Baltikum und andere Gebiete von ihr loszutrennen. Er hatte behauptet:

„Wir werden Rußland vernichten, daß es sich nie mehr erheben kann.“

Welcher weltweite Unterschied besteht hier zwischen den politischen Prinzipien eines faschistisch-imperialistischen Raubstaates und denen eines friedfertigen sozialistischen Staates.

Das Sowjetvolk hat unmittelbar nach Beendigung der Kriegshandlungen seine friedliche sozialistische Aufbauarbeit wieder begonnen. Um die im neuen Fünfjahrplan gestellte Aufgabe des Wiederaufbaus zu erfüllen, braucht das Sowjetvolk vor allem einen dauerhaften Frieden und geordnete Handelsbeziehungen zu den übrigen Völkern. Denn eine sozialistische Wirtschaft kann nur in einer friedlichen Welt und in einer geordneten Weltwirtschaft gedeihen. Darum ist die Sowjetunion die natürliche und

<sup>1</sup> J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 222.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 223.



unermüdliche Kämpferin für den Frieden, darum ist sie bemüht, den unter schweren Opfern errungenen Sieg durch einen sicheren Frieden zu krönen. Darum kämpft die Sowjetunion ebenso unermüdlich gegen die Absichten des Monopolkapitals, wiederum einen Kampf um die Weltherrschaft zu entfesseln und neue Unruheherde in der Welt zu schaffen. Darum steht die Sowjetunion an der Seite aller Völker, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit gegen das internationale Monopolkapital verteidigen. Der konsequente Kampf der Sowjetunion gegen einen neuen Krieg wird uns auch offenbar durch die schonungslose Demaskierung der Kriegshetzer, die Wyschinski auf der Vollversammlung der UNO vorgenommen hat. Diese Entlarvung ist ein wahres Friedenswerk, weil es alle fortschrittlichen und friedlichen Kräfte der Welt wachrüttelt und von ihnen fordert, sich gegen die Antisowjethetze zu wenden, die nichts weiter ist als ein Nervenkrieg zur psychologischen Vorbereitung eines neuen Krieges. Wenn die Arbeiterklasse Deutschlands sich von der großartigen Entwicklung der UdSSR angesprochen und angezogen fühlt, dann ist es selbstverständlich, daß dies zu dem Wunsch nach einer aufrichtigen Freundschaft mit der Sowjetunion führt. In dieser Richtung kann auch allein nur das Interesse des deutschen Volkes und einer kommenden deutschen Außenpolitik liegen. Die Freundschaft mit der Sowjetunion bedeutet keinesfalls die Feindschaft mit Amerika oder irgendeinem anderen Lande. Wir wollen den Frieden, und weil wir den Frieden wollen, können wir keinerlei Feindschaft oder Spannung zu irgendeinem fortschrittlichen demokratischen Lande der Welt in Deutschland Raum geben. Wer uns darum als Russenknechte beschimpft, handelt genauso töricht wie derjenige, der etwa den sowjetischen Außenminister Molotow einen Deutschenknecht schimpfen würde, weil er bei dem Problem Deutschland Forderungen in der Welt vertritt, die den Interessen eines einheitlichen, friedlichen, demokratischen Deutschlands entsprechen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als *unabhängige* Partei in dem von den Besatzungsmächten erlaubten



Rahmen in ihrem Lande für die wahren nationalen Interessen *ihres Volkes*.

Die konsequente Anwendung der marxistisch-leninistischen Prinzipien hat gesiegt und ist im Begriff, der Welt ein anderes Gesicht zu geben. Das vermag auch keine noch so laute und rücksichtslose antibolschewistische Hetze aus der Welt zu schaffen. Wenn wir aufs schärfste vor dieser Hetze warnen, so tun wir dies, weil sich zweimal eindeutig erwiesen hat, daß der Antibolschewismus für Deutschland politischer Wahnwitz ist. Das Schicksal der Weimarer Republik war entschieden, als große Teile der deutschen Arbeiterklasse ein Opfer der antibolschewistischen Hetze wurden. Das galt bis weit in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei hinein. Das Schicksal des deutschen Volkes aber war entschieden, als Hitler das Zeichen zum krieglerischen Überfall auf die Sowjetunion gab. Diese Lehre sollte dem deutschen Volke für alle Zeiten genügen. Deutschland kann sich eine neue Zukunft nur wiederschaffen durch die Arbeit seiner Werktätigen und die aufrichtige Freundschaft zur Sowjetunion.

Allen Anschauungen und Prophezeiungen zum Trotz, daß der Sozialismus in einem Einzellande nicht zu verwirklichen sei, ist aus dem zaristischen Rußland der sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern geworden. Das Werk Lenins ist gleich dem Sonnenball im Osten aus dunkler Nacht aufgestiegen und hat seine wärmenden Strahlen über Millionen von Menschen ergossen. Rußland war vor dreißig Jahren noch ein absolutistisches Halbdunkel in Europa, es ist heute das sozialistische Sechstel der Welt. Der sozialistische sechste Teil der Erde ist heute weit über das Versuchsstadium hinausgetreten. Die hinter dem Schleier der anti-sowjetischen Lügenpropaganda lebenden 200 Millionen Menschen der Sowjetvölker stehen im hellen Licht der geschichtlichen Ereignisse, und keine Macht der Erde kann die Geschicke der Welt ohne sie leiten. Die Sowjetunion hat in drei Jahrzehnten eine gigantische Entwicklung genommen. Sie ist auf dem Wege sozialistischer Maßnahmen so siegreich und ungestüm vorwärtsgestürzt,

daß sich niemand mehr erlauben kann zu ignorieren, was dort vorgeht. Diese Welt wird das Antlitz der Erde neu formen. Das gesellschaftliche Geschehen, dessen geschichtsnotwendigen Ablauf uns die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin haben erkennen lassen, wird unerbittlich seinen Lauf um die ganze Welt nehmen.



Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands  
lädt ein zu einem Deutschen Volkskongreß  
für Einheit und gerechten Frieden

*Ausführungen in der außerordentlichen Sitzung des Parteivorstandes*

*26. November 1947*

Die Bremer Tagung der SPD hat ergeben, daß die SPD grundsätzlich und unter allen Umständen eine gemeinsame Vertretung für Deutschland ablehnt, an der die SED beteiligt ist. Darüber hinaus hat die SPD ihren Beschluß so formuliert, daß sie die Beteiligung an einer gemeinsamen Beratung der Parteien ablehnt, weil die Entscheidung über die strittigen Fragen nicht in den Händen der deutschen Parteien, sondern der Alliierten liege. Der Versuch Friedensburgs, eine einheitliche Linie durch bestimmte Persönlichkeiten herauszuarbeiten, die als die Stimme des deutschen Volkes gewertet werden sollte, scheint gescheitert zu sein. Der Versuch, eine Meinungsäußerung bestimmter Persönlichkeiten zustande zu bringen, ist bereits vor seiner Verwirklichung durch die Mitwirkung der amerikanischen Besatzungsmacht abgestempelt. Die Richtlinien der amerikanischen Besatzungsmacht gingen dahin, die deutschen Vertreter zu veranlassen, einen Exekutivausschuß aus den Unterzeichnern des Aufrufs zu bilden, der die Vertretung in London übernehmen sollte. Der Exekutivausschuß sollte – so war es der Wille der Amerikaner – in London erklären, daß die Unterzeichnung eines Friedensvertrages für Deutschland von der Revision der Ostgrenze abhängig gemacht werden muß, das heißt Schlesien müsse an Deutschland zurückfallen und Stettin müsse die Stellung eines Freistaates oder einer freien Stadt wie früher Danzig erhalten. Einige der Alliierten, die notwendigerweise diese Entscheidung zu treffen haben, wollen sie den deutschen politischen Parteien zuschieben, um diese durch die Frage der Grenzen gegeneinander aufzubringen. Man setzt als selbst-



verständlich voraus, daß die SED auf eine solche Forderung vor einer internationalen Konferenz angesichts der internationalen Lage und der früheren Erklärungen der Besatzungsmächte nicht eingehen wird. Andererseits müßte eine solche Tatsache dazu führen, die deutschen politischen Parteien aufeinanderzuhetzen. Auf diese Weise will man erreichen, daß eine einheitliche politische Stellungnahme in Deutschland verhindert wird.

Nachdem die beiden Tatbestände klar und deutlich vor uns lagen, nämlich daß mit der SPD eine gemeinsame Vertretung Deutschlands nicht zu erreichen ist und daß der Friedensburg-Ausschuß nicht mehr als Aktion einzelner deutscher Männer zu betrachten ist, sondern das Ergebnis der Einwirkung einer Besatzungsmacht darstellt, bestand keine Möglichkeit mehr, eine gemeinsame Vertretung für Deutschland zu bilden und ihr Gehör zu verschaffen. Wilhelm Pieck sprach bereits von dem Versuch, auf dem Wege über unsere Blockparteien in der sowjetischen Besatzungszone zu einer gemeinsamen Äußerung zu kommen. Kaiser und Külz, besonders Kaiser, erklärten in den Verhandlungen, die wir mit ihnen hatten, daß es nicht möglich sei, die Zustimmung der bürgerlichen Parteien des Westens für eine gemeinsame Regelung zu erhalten. Wir versuchten, Kaiser dann zu bewegen, die Verpflichtung zu halten, von der er früher gesprochen hatte:

„Wenn Schumacher sich weigert, an einer solchen gemeinsamen Arbeit teilzunehmen, so müssen wir ohne Schumacher handeln.“

Wir haben ihn daran erinnert, aber das ist bei ihm ohne Erfolg geblieben. Er erklärte uns vielmehr, es sei ihm unmöglich, bei der jetzigen Situation in Deutschland an irgendeiner Veranstaltung teilzunehmen, die den nochmaligen Versuch darstelle, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen. Kaiser hat sich damit völlig in Gegensatz zu den bisherigen Erklärungen der politischen Parteien gestellt. Er hat es auch abgelehnt, im Rahmen des Blockausschusses in der sowjetischen Besatzungszone irgendeinen Versuch in dieser Richtung zu unternehmen.

Das hat seine Gründe. Am 16. November hielt Kaiser im „Palast“ in Berlin einen Vortrag über die Frage „Deutschland



und London“. Aus seinen Worten war offensichtlich eine grundsätzliche Schwenkung in seiner Politik erkennbar. Kaiser bezeichnete in dieser Rede die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone als gefährvoll für die Einheit Deutschlands. Im revolutionären Drange seien in der sowjetischen Besatzungszone Maßnahmen getroffen worden, die sich für die Entwicklung der Einheit Deutschlands als gefährvoll herausstellen müßten. Damit meinte er die Enteignung der Kriegsverbrecher und die Bodenreform. Er ist also offensichtlich der Auffassung, daß die Schaffung der Einheit Deutschlands an die Revision der in der sowjetischen Besatzungszone im fortschrittlichen Sinne getroffenen Maßnahmen gebunden sei. Eine solche Revision brächte nicht nur für die sowjetische Besatzungszone eine gefährliche Situation, sondern sie würde eine Verwirrung der politischen Verhältnisse in ganz Deutschland bedeuten, wogegen wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen müssen.

Die Auffassung Kaisers hat darüber hinaus zu der Schlußfolgerung geführt, daß eine weitere Bindung seinerseits, besonders gegenüber der SED, zu politischen Schwierigkeiten im Westen führen müßte. Er hat es in dieser Versammlung zum ersten Male für nötig gehalten, in eine polemische Auseinandersetzung mit uns als SED einzutreten, sich von uns abzusetzen und für seine Person Verhandlungsfreiheit ohne Bindung an die Politik des Ostens gegenüber dem Westen anzukündigen. Kaiser ist diesen Weg weitergegangen. Wir haben in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses der antifaschistischen Parteien vorgestern Gelegenheit gehabt, diese weitere Entwicklung bei ihm eindeutig festzustellen. Kaiser lehnte es in dieser Sitzung des gemeinsamen Ausschusses ab, sich irgendwie bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens in der sowjetischen Besatzungszone, welcher Art es auch sei, zu binden. Offensichtlich hat Kaiser sich endgültig entschlossen, die Politik der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland zu vertreten. Das findet seinen Ausdruck in der Ablehnung jeder weiteren Bindung gegenüber den Parteien in der sowjetischen Besatzungszone, besonders uns gegenüber.



So stehen wir heute vor der Tatsache, daß die politischen Parteien außer unserer Partei ihrer eigentlichen Aufgabe, die Führung des Volkes zu übernehmen, freiwillig entsagt haben. Wir sind der Meinung, wir als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands können und dürfen nicht die Initiative in dieser wichtigen politischen Frage aufgeben und resigniert die Hände in den Schoß legen. Wir haben uns als Partei immer wieder zurückgehalten, um das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Vertretung nicht zu erschweren. Aber nachdem trotz unserer Zurückhaltung ein solches Ergebnis vor uns liegt, das einem Bankrott gleichkommt, müssen wir aus unserer Reserve heraustreten. Wir haben als Arbeiterpartei die Verpflichtung, dem deutschen Volke zu sagen, was nach unserer Ansicht jetzt geschehen muß, wenn es durch die Verhandlungen in den Parteisekretariaten nicht möglich ist, die notwendige Vertretung der nationalen Interessen des deutschen Volkes zu schaffen. Nach Ansicht des Zentralsekretariats ist es jetzt unsere Pflicht, das deutsche Volk aufzurufen, selbst eine Entscheidung in dieser wichtigen Frage zu treffen. So haben wir dem Parteivorstand den Vorschlag zu unterbreiten, einen *Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden* nach Berlin einzuberufen. Die Einberufung muß angesichts der sich drängenden Ereignisse und der Tatsache, daß die Londoner Außenministerkonferenz bereits begonnen hat, schnell erfolgen. Wir dürfen uns nicht an Äußerlichkeiten und Formalitäten stoßen, denn es handelt sich um eine Aktion in letzter Stunde, um dem deutschen Volke unsere Auffassung klarzumachen. Wir schlagen deshalb dem Parteivorstand vor, einen Aufruf zur Einberufung eines solchen Kongresses zu beschließen. Der Aufruf soll etwa folgenden Wortlaut haben:

„Die Londoner Außenministerkonferenz hat begonnen. Es geht um die Gestaltung des Friedens für Deutschland. Das deutsche Volk wünscht, daß es darüber zu einer Verständigung der alliierten Mächte kommt. Von einem gerechten Friedensvertrag hängt die Zukunft Deutschlands ab. Es ist der Wille des deutschen Volkes, daß der Friedensvertrag mit ihm abgeschlossen und es durch eine Vertretung auf der Londoner Konferenz gehört wird. Die politischen Parteien in Deutschland wären dafür die berufensten Vertreter.

Leider sind alle Bemühungen zur Bildung einer gesamtdeutschen Beratung





Wir sind der Auffassung, daß dieser Schritt nötig ist, um dem deutschen Volke zu zeigen, daß nicht alle Parteien in Deutschland zur politischen Sterilität übergegangen sind und daß eine Partei da ist, die bis zum letzten Augenblick für die politischen Interessen Deutschlands einzutreten entschlossen ist. Wir werden auf dem Kongreß und in der Presse zum Ausdruck bringen müssen, daß die politischen Parteien in Deutschland durch ihre bisherige Haltung den Beweis erbracht haben, daß sie im Grunde genommen in der entscheidendsten Frage Deutschlands von der politischen Bühne selbst abgetreten sind. Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands vor keiner Schwierigkeit kapituliert; denn von unserer Aktivität und von der Fortsetzung des Kampfes trotz aller Schwierigkeiten hängt die weitere Entwicklung der Frage der Einheit Deutschlands ab. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands muß diesen Kampf, ohne auch nur eine Minute in ihrer Haltung schwankend zu werden, auch in Zukunft fortführen.

Wir haben unseren Aufruf an alle Parteien gerichtet, um ihnen nochmals die Möglichkeit zu geben, in dieser hochpolitischen Frage mitzuwirken. Wir haben den Aufruf weiter an die Gewerkschaften und alle Massenorganisationen gerichtet, weil es darauf ankommt, dem Kongreß ein möglichst breites und festes Fundament zu geben. Es kommt aber auch darauf an, Einzelpersönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst für den Kongreß zu gewinnen. Über diese allgemeine Einladung hinaus müssen wir uns auch an einen großen Kreis von Privatleuten wenden und sie zur Teilnahme am Kongreß auffordern.

Das sind unsere Vorschläge. Wir ergreifen damit die politische Initiative. Der Kongreß kann ein Wendepunkt in der großen Frage: Arbeiterklasse und nationale Frage werden. Er soll zum Ausdruck bringen: Die Arbeiterklasse nimmt die nationalen Interessen Deutschlands, die auf der Straße liegen und von jedem verlassen sind, auf, um sie für das deutsche Volk zu realisieren und ein neues demokratisches Deutschland zu schaffen.



## Für Einheit und gerechten Frieden

*Rede auf dem 1. Deutschen Volkskongreß*

*6. Dezember 1947*

Wenn wir uns aus ganz Deutschland auf einem Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden versammelt haben, so geschieht das zu dem Zweck, in letzter Stunde vor der Entscheidung der Außenminister in London die deutsche Stimme zu Gehör zu bringen. Wir erheben unsere Stimme weder mit Anmaßung noch mit Überheblichkeit. Wir tun es, ganz gleich ob wir Sozialisten, Liberale, Angehörige der Christlich-Demokratischen Union, Arbeiter oder Bauern, Wissenschaftler oder Künstler, Lutheraner oder Katholiken sind. Über alle Grenzen von Zonen und Ländern, über alle Unterschiede von Parteien, Religionen und Berufe hinweg erheben wir unsere Stimme als Deutsche, die unter der gleichen Not leiden und unter der gleichen Sorge leben.

Im Feuer eines ungeheuren Krieges, mit einem Massenaufgebot an Menschen und Material, mit einem beispiellosen Einsatz an Gut und Blut wurde eine politische Episode beendet, die das Rad der geschichtlichen Entwicklung um Jahrhunderte zurückdrehen wollte. Die vom Strudel des Faschismus erfaßten Länder sahen sich einem Chaos gegenüber. Die Geißel der faschistischen Diktatur, ein Schandfleck des 20. Jahrhunderts, schleuderte das einst kraftvolle und schöpferisch-reiche Europa und viele seiner Völker in den Abgrund der Vernichtung und des Elends. Da wir es litten und zuließen, sind wir verachtet. Ob wir es aber bleiben, das wird von uns abhängen.

*Nur ein Übel ist unheilbar: wenn ein Volk sich selbst aufgibt.*

Wenn wir aber unser politisches Wollen mit Zuversicht und Mut erfüllen, können wir das wiedergewinnen, worum uns be-

trügerische Spieler und eine Gesellschaft entarteter Banditen betrogen haben.

Wir Deutschen dürfen nicht glauben, unbeschwert in eine neue Periode des Lebens treten zu können, wenn wir die alte nicht gründlich auslöschen.

*Es muß besser werden!*

Unsere Arbeit wird nur dann Sinn haben und zu einem wirklichen Fortschritt führen, wenn sie aus dem Geiste der Wahrheit, der unerbittlichen Selbsterkenntnis und aus radikaler Umkehr geboren wird. Aus diesen Quellen muß unser Handeln und Reden gespeist werden, wenn die Wendung unseres Volkes in der Welt eine richtige Wertung erfahren soll.

Dabei müssen wir den Mut haben, auch Unpopuläres zu sagen, denn Volksschmeichler sind in den Zeiten der Demokratie ebenso verächtlich wie Fürstenschmeichler in den Zeiten des Absolutismus. Wir brauchen die besten Kreise und Schichten des deutschen Volkes, um die innere Reinigung des durch die geistlose und haßerfüllte Nazilehre irreführten und entwurzelten Volkes vorzubereiten und durchzuführen. Aus dieser inneren Reinigung allein kann uns das Vertrauen der anderen Völker der Erde entgegenwachsen. Dieses Vertrauen brauchen wir, um die Arbeit für eine neue Existenz unseres Volkes und den Aufbau unseres zerstörten Landes nach den Potsdamer Beschlüssen durchzuführen und die Wiedergutmachung der durch Deutschland angerichteten Schäden zu ermöglichen. Darum müssen unser eigenes Volk und die Völker der Erde uns anhören. Frei von Illusionen und frei von allen Partei-manövern erheben wir, die Vertreter der SED, unsere Stimme. Wir sprechen nicht von Unparteilichkeit, die einem gehaltlosen Brei gleichkommt, sondern wir sprechen von einer echten und wahren Überparteilichkeit. Die Einheit Deutschlands und der Friede für Deutschland stehen uns allen viel zu hoch, als daß wir sie zu Manövern zwischen den Parteien herabwürdigen dürften.

In diesen für Deutschland sorgenvollen und bedeutungsvollen



Wochen erhebt sich unsere Überparteilichkeit zu einer einzigen Partei, zu der wir alle gehören, und diese Partei heißt:

*Deutschland!*

Dieses neue Deutschland wird sich von Militarismus und Nationalismus befreien, in die es das nazistische Deutschland hineingesteuert hatte. Dieses neue Deutschland wird künftig im Kreise der Völkerfamilie sein Haus friedlich und fleißig bestellen. Neue wirtschaftliche und politische Prinzipien, denen die Welt vertrauen kann, sollen in diesem Deutschland wachsen. Ein solches nationales Bewußtsein in Deutschland ist ebenso berechtigt wie das anderer Völker und wird auch einmal von der Welt respektiert werden müssen.

Aus dieser Gesinnung des Friedens und der Verantwortung für eine wahre demokratische Entwicklung in Deutschland leiten wir die Berechtigung her, die Außenministerkonferenz in London zu bitten, eine Vertretung des deutschen Volkes anzuhören. Wir hoffen, daß die Außenminister sich nicht weigern werden, eine deutsche Vertretung anzuhören.

*Das deutsche Volk muß gehört werden!*

Mit Freude, Hoffnung und Zuversicht haben wir seit nunmehr zweieinhalb Jahren von den Alliierten gehört, daß Deutschland nicht vernichtet werden soll. Wohl soll Deutschland zur Wiedergutmachung der schweren Schädigungen und Verbrechen herangezogen werden, die in seinem Namen den überfallenen Nachbarn zugefügt worden sind, aber die politische Existenz des deutschen Volkes soll nicht grundsätzlich aufgehoben werden. Nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz muß das deutsche Volk davon überzeugt werden,

„daß es eine *totale militärische Niederlage* erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben“<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> „Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, S. 16.

An anderer Stelle heißt es im Abschnitt III über Deutschland:

„... das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden ...

Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“<sup>1</sup>

Das war für uns eine klare und unmißverständliche Sprache. Es war die Sprache des Siegers, der das Maß der Dinge nicht aus dem Auge verloren hatte. Denn es heißt in demselben Abschnitt der Potsdamer Beschlüsse wörtlich:

*„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“*<sup>2</sup>

Auch diese Bestimmungen sind für uns klar und unmißverständlich. Zwei Punkte heben sich daraus hervor:

Das deutsche Volk hat begonnen, die entsetzlichen Verbrechen zu büßen. — Es kann sich darauf vorbereiten, weiterhin die Umgestaltung seines Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu verwirklichen.

Auf der Potsdamer Konferenz wurde der Rat der Außenminister eingesetzt, als seine Hauptaufgabe wurde festgelegt:

„Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.“<sup>3</sup>

Daneben wurde bestimmt:

„Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen er-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 15.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 14.



richtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.“<sup>1</sup>

Im Abschnitt IV der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz wurden die Wiedergutmachungsleistungen Deutschlands grundsätzlich niedergelegt. Entsprechend diesen Bestimmungen hat der Alliierte Kontrollrat am 29. März 1946 den Plan für Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft veröffentlicht. Auch dieser Plan stellte ebenso wie die Potsdamer Beschlüsse verständlicherweise einen einseitigen Willensakt der Siegermächte dar, aber er legte nicht nur uns Pflichten und Lasten auf, sondern mit diesem Plan umrissen und beschränkten die Alliierten ihre Ansprüche gegenüber dem deutschen Volk. Der Plan ist ein Dokument von allergrößter Bedeutung. Mit tiefem Ernst haben wir ihn damals studiert, denn wir glaubten, unser wirtschaftliches Schicksal sei in ihm verbrieft. Wir glaubten, durch den Plan die Möglichkeit zu erlangen, von uns aus zu planvollen Überlegungen über die Zukunft zu kommen. Nach diesem Reparationsplan sollte die deutsche Industriekapazität auf 50 bis 55 Prozent des Standes von 1938 gebracht werden, was der gesamtdeutschen Produktionsleistung von 1932 entsprach. Dem deutschen Volke sollte eine Exportquote von drei Milliarden Reichsmark zugestimmt werden, wovon eineinhalb Milliarden Reichsmark zur Einfuhr von Lebensmitteln Verwendung finden sollten. Alle diese Beschlüsse und Deklarationen standen aber unter dem großen und bedeutungsvollen Grundsatz der Potsdamer Beschlüsse:

*„Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten.“<sup>2</sup>*

Seitdem sind Monate über Monate ins Land gegangen. Das deutsche Volk hat voll Hoffnung und Erwartung von einer internationalen Konferenz auf die andere geschaut. Was ist aber in

<sup>1</sup> Ebenda, S. 17.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 18.

mehr als zwei Jahren aus dem „einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen“ geworden? Die Zonengrenzen sind höher und höher geworden. Man schuf in Abweichung von den Potsdamer Beschlüssen Zweizonenabkommen und Zweizonenwirtschaftsräte, Wirtschaftskommissionen und redet heute bereits von Trizonien. Das alte Preußen, dem niemand von uns eine Träne nachweint, wurde durch Kontrollratsgesetz aufgelöst. An seine Stelle aber traten 15 selbständige Länder und zwei Stadtstaaten. Engster Partikularismus begann aus dem Boden zu schießen und wunderlichste Blüten zu treiben. Das Saargebiet wurde einseitig unter die Botmäßigkeit Frankreichs gestellt. Die Ruhrindustrie und andere Industriezweige wurden durch ausländisches Kapital überfremdet. Die öffentliche Meinung in Presse und Politik in Deutschland wurde nicht nach deutschen, sondern nach alliierten Wünschen und Interessen entwickelt, bis die deutschen Menschen anfangen, sich in ihrer eigenen Muttersprache nicht mehr zu verstehen.

So sind wir in Deutschland heute zu dem tragischen Zustand gekommen, daß wir in unserem eigenen Vaterlande von einer Zone zur anderen schwerer gelangen können, als wir früher ins Ausland kommen konnten. Im Zeitalter des Telefons, des Telegrafens, des Radios, der Eisenbahn, des Flugzeugs und des Autos leben wir in einem Zustand schlimmster wirtschaftlicher, politischer und kultureller Krähwinkelei. Es ist trotz aller Konferenzen in Berlin, Paris und London für Deutschland nicht besser, sondern schlechter geworden. Die Entwicklung ging nicht nach vorn, sondern sie vollzog sich in weiten Teilen Deutschlands eher nach der Parole: „Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo!“

Deutschland mangelt es nicht an Zonenabmachungen, an Ausschüssen und Räten, sondern Deutschland mangelt es an seiner wirtschaftlichen und politischen Einheit und an einer zentralen Regierung! Man kann ein Land mit der verschiedenartigen Wirtschaftsstruktur wie Deutschland nicht ohne schlimmste wirtschaftliche Folgen zergliedern. Die Beine, die Arme, der Rumpf und der Kopf können nicht voneinander losgelöst werden, um ein selbständiges Eigenleben zu führen. Wenn der gesunde und normale



Kreislauf unterbrochen wird, muß das Ganze leiden. Die geographische Gebundenheit unserer Bodenschätze und unserer Industrie, der Korn- und Kartoffelkammern, die Gesamtheit und Kompliziertheit unseres Verkehrswesens zwingen uns zu einer einheitlichen Wirtschaft.

Die gesamte Wiederaufbauarbeit des deutschen Volkes kann nur einheitlich zur Schaffung eines erträglichen Lebensniveaus angesetzt werden. Die deutsche Volkswirtschaft kann nur in ihrer Gesamtheit zum Garanten für das Leben unseres eigenen Volkes werden und gleichzeitig dadurch auch zu einer Garantie für die Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen gegenüber den geschädigten anderen Völkern.

*Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zieht die politische Einheit zwangsläufig nach sich*

Die Buntscheckigkeit der verschiedenartigen politischen Entwicklung in Deutschland zeigt uns die Gefahren. Die Gegner der politischen Einheit Deutschlands stehen auf sehr wackligen Füßen. Ein Blick in die Geschichte Deutschlands beweist uns, daß die Zeiten des Föderalismus und Partikularismus auch gleichzeitig die Zeiten der schlimmsten und schwärzesten Reaktion in Deutschland waren. Auch der Hinweis, daß ein einheitliches Deutschland wiederum zu einer außenpolitischen Weltgefahr wie unter Hitler werden müsse, ist irrig. Der Föderalismus ist ebensowenig eine Garantie für die Sicherheit der Nachbarn, wie es der Einheitsstaat war. Die verschiedenartigsten staatsrechtlichen Gestaltungen Deutschlands haben gezeigt, daß die Staatsform mit der Frage der Sicherheit nichts zu tun hat. Weder der norddeutsche Staatenbund, verbunden mit Süddeutschland durch eine Zollunion, noch der Bundesstaat Bismarcks oder der hitlersche überzentralisierte Staat konnten verhindern, daß Europa von Deutschland mit Krieg überzogen wurde. An der Vielgestaltigkeit dieser Staatsformen sehen wir klar und eindeutig:

*Die Friedenssicherung liegt nicht in der staatsrechtlichen Form Deutschlands, sondern sie liegt einzig und allein in ihrem Inhalt und in ihrem Geiste*

Dieser wirklich friedliche und humane Inhalt einer neuen deutschen Politik kann aber niemals in Kleinstaaterei und Kirchturmspolitik entwickelt werden. Diese Wahrheit zu bemänteln, heißt dem deutschen Volk einen schlechten Dienst erweisen. Es gibt Sonnenfinsternisse in der Natur, aber auch in der Geschichte der Menschen. Wir leben in Deutschland gegenwärtig in einer solchen Sonnenfinsternis. Alles liegt in einem gespenstischen, atembeklemmenden Halbdunkel. Aber die staatliche Einheit ist für uns Deutsche eine lebenswichtige Frage, die zentrale erhellende und erwärmende Sonne. Man kann sie durch Beschlüsse oder Anordnungen ebensowenig beseitigen oder sprengen wie den pythagoreischen Lehrsatz. Es gibt kuriose Menschen in Deutschland, und es gibt politische Kreise im Ausland, die uns bestreiten, daß wir mit Recht in der Frage der Einheit für das deutsche Volk sprechen. Nun, wir streiten nicht. Wir schlagen vor, für den Fall, daß sich die Alliierten nicht entschließen können, dem deutschen Volk seine Einheit zu gewähren, diesem deutschen Volke *das Recht einer Volksabstimmung* zu geben über die Frage, ob Deutschland ein Einheitsstaat sein oder zerrissen werden soll.

*Nach einer solchen Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands, nach der Bildung einer zentralen Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages wünschen wir die Wahl einer Nationalversammlung zur Ratifizierung des Friedensvertrages. Von diesem Friedensvertrag wünschen wir, daß er die politische und wirtschaftliche Einheit gewährleistet, daß er uns ermöglicht, den Ertrag unserer Landwirtschaft zu steigern, daß er uns ermöglicht, eine leistungsfähige Friedensindustrie zur Deckung des Eigenbedarfs und für den nötigen Export zu entwickeln.*

Nur so können wir die Möglichkeit zur Sicherung einer erträglichen und friedlichen Existenz schaffen. Wir wünschen von dem Friedensvertrage aber auch, daß uns vor allem baldigst und end-



gültig gesagt wird, welche Wiedergutmachungsleistungen wir zu tragen haben, damit das deutsche Volk endlich weiß, was es schuldet und was es selbst tun muß, um seiner Arbeit wieder Sinn und Richtung zu geben.

Gibt man dem Leben des deutschen Volkes in London wieder einen Sinn und ein Ziel, dann wird das deutsche Volk, das ja nicht nur aus negativen, brutalen, militaristischen oder nazistischen Elementen besteht, nach all den bitteren Erfahrungen und Lehren begreifen, daß es seinen wahren und guten Geistern folgen muß. Aber diese Erkenntnis bliebe ein leeres Wort, sie bliebe Schall und Rauch, würden wir nur darauf ausgehen, unter Berufung auf Lessing, Schiller und Goethe, Humboldt und Leibniz, Kant und Fichte, Marx und Engels, Bach und Beethoven, Virchow, Koch und Einstein in der Welt Trinkgelder zu erbetteln. Wenn das deutsche Volk sich der großen Geister seiner Vergangenheit würdig erweisen will, darf es nicht wieder selbstgefällig und überheblich zurückblicken, sondern es muß vorwärtsschreiten, um sich das entehrte deutsche Kulturerbe durch eigene Arbeit und Leistung wiederzuerwerben. Das kann niemals gelingen in der Enge kleinstaatlicher Kirchturmspolitik und nationaler Abhängigkeit.

Darum wünschen wir eine Verfassung, nach der Deutschland als demokratischer, friedliebender, *unabhängiger Staat* eine Zukunft hat. Gewiß wissen wir, daß Deutschland noch lange mit einer Viermächtekontrolle rechnen muß, wahrscheinlich so lange, bis die alliierten Völker sich von der Friedfertigkeit Deutschlands überzeugt haben. Hier aber liegt einer der fortschrittlichen Hebel für die deutsche Politik, den wir in Deutschland selbst ansetzen müssen, um die Befreiung zu beschleunigen und Deutschland wieder einzuführen in die Familie der friedlichen Völker. Wir begegnen dabei oft dem Einwand, das deutsche Volk sei zu einer solchen Politik noch nicht reif. Ich denke dabei an Immanuel Kant, der einmal gesagt hat:

„Ich gestehe, daß ich mich in dem Ausdruck nicht wohlfinden kann: ein gewisses Volk ist zur Freiheit nicht reif . . . Nach einer solchen Voraussetzung



wird die Freiheit nie eintreten; denn man kann zu dieser nicht reifen, wenn man zuvor nicht in Freiheit gesetzt worden ist.“

Wir denken darum mit tiefster Besorgnis an die Sitzung des Rates der Außenminister in London vom 1. Dezember, in der der amerikanische Vorschlag behandelt wurde, daß die deutsche Verfassung den Bedingungen einer zukünftigen Friedensregelung untergeordnet werden müsse. Wir danken es dem sowjetischen Außenminister Molotow, daß er dem amerikanischen Vorschlag eine, wie mir scheint, sehr zutreffende Kennzeichnung gab, als er sagte:

„Wenn wir wünschen, das neue demokratische Deutschland von den Launen gewisser Siegerländer abhängig zu machen, so wird es nicht Deutschland sein, sondern *eine Art Kolonie im Herzen Europas*. In Kolonien kann entsprechend den Launen des herrschenden Landes gehandelt werden, aber *es ist unmöglich, Deutschland in eine Kolonie zu verwandeln*. Niemand wird damit Erfolg haben.“<sup>1</sup>

Jawohl, niemand wird damit Erfolg haben! „Der Säbel ist zwar der Säbel, aber er ist nicht das Recht.“ Keine Staatsverfassung ist unveränderlich, und kein Mensch kann versprechen, an der Staatsverfassung niemals etwas zu verändern. Ein solches Versprechen wäre rechtswidrig und müßte damit rechtsunwirksam werden. So viel sollte die Welt aus dem Versailler Friedensvertrag wirklich gelernt haben, daß es nichts nützt, den Krieg zu gewinnen, um den Frieden zu verlieren. Gewiß, Deutschland wird auf die Hilfe anderer Völker angewiesen sein; es wird sie aber ablehnen, wenn damit die Bedrohung unserer staatlichen Souveränität verbunden ist. Hilfe ist gut, und wir werden sie dankbar anerkennen, aber Ketten bleiben Ketten, auch wenn sie aus Gold sind!

Das wahre Interesse Deutschlands besteht in seinem Kern in zwei Dingen: in seiner demokratischen Neugeburt und in ihrer Voraussetzung, nämlich einem gerechten Frieden. Dieses deutsche Interesse steht niemals und in keinem Punkte im Widerspruch mit den Interessen einer friedlichen Welt. Die Garantie für den Frieden der Welt und für Deutschland liegt in der konsequenten Durchführung des Potsdamer Abkommens. Es gibt in Deutsch-

<sup>1</sup> „Tägliche Rundschau“ vom 3. Dezember 1947.



land Menschen, die auf die Differenzen zwischen den Alliierten spekulieren. Wer das tut, der hilft nicht dem deutschen Volke, sondern er bedroht seine Existenz. Was würde uns Deutschen selbst die Einmütigkeit der Alliierten nützen, wenn wir selbst in den Lebensfragen unseres Volkes nicht einig werden können. Wir aber wollen uns in dieser Stunde in unserem Werk nicht beirren lassen. Wir rufen auch denen, die dieser großen Volksbewegung noch fernstehen, zu, laßt durch den Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden das Dichterwort zur Tat werden: „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!“ Je stärker und je größer diese Volksbewegung wird, desto eindringlicher sendet sie ihre Bitte über den Kanal nach London:

Gebt uns unsere Einheit!

Gebt uns einen gerechten Frieden!

## Aufruf zur nationalen Selbsthilfe

*Aus der Rede auf dem Deutschen Volkskongreß in Berlin*

17. März 1948

Seit unserem 1. Deutschen Volkskongreß, am 6. Dezember 1947, ist Deutschland auf dem Spielfeld internationaler Politik zu einer wichtigen Figur geworden. Daneben stoßen auf deutschem Territorium die Interessen großer und mächtiger politischer Kräfte aufeinander, drängen nach Entladung und lassen ein Gewitter nach dem anderen auf Deutschland niederprasseln. Die Sprengung der Außenministerkonferenz in London, die Weigerung, die vom Deutschen Volkskongreß gewählte Delegation anzuhören, die Schaffung eines westdeutschen Scheinparlaments mit einer De-facto-Regierung, die Schaffung einer westdeutschen Sonderwährung, die Umwandlung von Bizonien in Trizonien, die Dreimächtekonferenz in London und der geplante Anschluß Westdeutschlands an einen Westblock sowie seine Eingliederung in den Marshallplan zeigen uns eindeutig, daß die westlichen Alliierten nicht mehr gewillt sind, die Regelung der deutschen Verhältnisse nach dem Prinzip der Übereinstimmung aller Alliierten durchzuführen. Der Verlust dieser Einmütigkeit bedeutet die Spaltung Deutschlands. Das Ziel der alliierten Politik und der Sinn der Besetzung Deutschlands nach dem einmütig getroffenen Potsdamer Abkommen war die

„völlige *Abrüstung* und *Entmilitarisierung* Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benützt werden kann“<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> „Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, S. 16.



Zu diesem Zweck sollten alle militaristischen und nationalsozialistischen Machtinstrumente völlig und endgültig aufgelöst und die Nationalsozialistische Partei mit allen ihren angeschlossenen Gliederungen vernichtet werden. Alle Kriegsverbrecher und alle aktiven Nazis sollten zur Verantwortung und Bestrafung herangezogen werden. Die übermäßige Konzentration der Industrie, besonders die Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen sollten vernichtet werden. Eine Bodenreform sollte nach dem ausdrücklichen Beschluß der Außenministerkonferenz in Moskau in ganz Deutschland durchgeführt werden. Hinsichtlich der endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens beschloßen die alliierten Regierungen, daß die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze läuft, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen.

An die Durchführung dieser einmütigen alliierten Beschlüsse hat sich bis heute lediglich die Sowjetunion gehalten, während die westlichen Alliierten sich von ihr immer weiter und immer weiter entfernt haben. Wenn man die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands heute für die Spaltung und Zerreißen Deutschlands verantwortlich machen will, so ist das barer Unsinn, und es wird höchste Zeit, daß das deutsche Volk die wirklichen Zusammenhänge klar erkennen lernt, um eine Position für seine eigene einzig mögliche Politik zu finden. Die in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführte Bestrafung und Enteignung der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis, die Brechung der Wirtschaftsdiktatur und Kriegspolitik der Großbanken und Monopolgesellschaften, die Durchführung der Bodenreform bieten die einzig mögliche Grundlage für die endgültige Beseitigung deutscher Katastrophenpolitik und für die endliche Befriedung Deutschlands. Wenn die westlichen Besatzungsmächte diese, ihre eigenen Beschlüsse in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands nicht durchführen, sondern alles zu ihrer Verhinderung



tun, so führt das zur Wiedererstarkung einer deutschen Reaktion, die den monopolkapitalistischen Interessen Amerikas entsprechen mag, die aber niemals mit einer friedfertigen Politik Deutschlands in Einklang zu bringen ist. Die politische Entwicklung der letzten Monate hat Deutschland in eine vollkommen neue Lage hineinmanövriert. Die bisherige Position für Gesamtdeutschland ergab sich aus den Potsdamer Beschlüssen. In diesen Beschlüssen wurde ein Rat der Außenminister eingerichtet, der unter anderem nach folgender Bestimmung arbeiten sollte:

„Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.“<sup>1</sup>

Das also war die völkerrechtliche Eingliederung Deutschlands. Für die Durchführung der Regierungsgeschäfte in ganz Deutschland sowie über das Kontrollsystem bestimmen die Potsdamer Beschlüsse folgendes:

„Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone, sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.“<sup>2</sup>

Von dieser über und für Deutschland geschaffenen Regelung der Alliierten ist nicht mehr viel übriggeblieben. Das erfuhren wir besonders eindringlich aus einem Notenwechsel, der sich zwischen der Sowjetregierung und den Regierungen der drei westlichen Besatzungsmächte abspielte. Das Ergebnis dieses Notenwechsels ist im einzelnen folgendes:

1. Das Scheitern der Moskauer und der Londoner Beratungen der vier Außenminister ist darauf zurückzuführen, daß die drei westlichen Alliierten von den Beschlüssen von Jalta und Potsdam

<sup>1</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>2</sup> Ebenda, S.15/16.



zur deutschen Frage abgerückt sind und versucht haben, dem Außenministerrat eine Politik aufzuzwingen, die im Widerspruch zu diesen Beschlüssen steht und mit ihnen unvereinbar ist.

2. Separate Besprechungen und Beschlüsse zur deutschen Frage, die sich auf Deutschland als Ganzes oder auf diesen oder jenen Teil Deutschlands beziehen, stehen im Widerspruch zu den von den vier Mächten übernommenen Verpflichtungen.

3. Daraus geht hervor, daß die Schaffung des britisch-amerikanischen Bizoniens und die Spaltung Deutschlands, die hierdurch verursacht wurde, keine zufälligen Erscheinungen waren. Nachdem der westliche Teil Deutschlands der gemeinsamen Viermächtekontrolle entzogen worden ist, wird jetzt der Versuch unternommen, ihn zu benutzen, um eine besondere Gruppe von westeuropäischen Staaten zu schaffen, die den anderen Staaten Europas entgegengestellt wird, was zur politischen Spaltung Europas und zur Bildung von zwei Lagern europäischer Staaten führt.

4. Diese Politik führt nicht zur Wiederherstellung der deutschen Friedenswirtschaft, sondern birgt die Gefahr in sich, daß Westdeutschland in einen strategischen Stützpunkt für eine künftige Aggression in Europa verwandelt wird.

5. Die Sowjetunion hat es darum für notwendig gehalten, darauf hinzuweisen, daß die von der Londoner Konferenz der westlichen Besatzungsmächte vorbereiteten Beschlüsse keine Gesetzeskraft und keine internationale Autorität besitzen können.

Aus all diesen Punkten ergibt sich, daß Deutschland in seiner Gesamtheit gesehen heute losgelöst von dem durch die Potsdamer Beschlüsse eingesetzten Rat der Außenminister lebt. Eine ähnliche Situation hat sich für die innerpolitischen Fragen in Deutschland durch die Entwicklung im Kontrollrat ergeben. Seit 1946 haben die westlichen Besatzungsmächte die Linie einer koordinierenden Politik für Deutschland verlassen und sind von einem Separatabkommen zum anderen gegangen. Die Note der Sowjetregierung vom 6. März dieses Jahres stellt diesen Zustand wie folgt fest:

„Die Folgen einer solchen Politik und einer solchen Einstellung zum Kontrollrat sind bekannt. Das erwähnte Vorgehen der britischen, amerikanischen



und französischen Vertreter lähmte den Kontrollrat in Deutschland und untergrub seine Bedeutung.“<sup>1</sup>

Das haben wir seit Monaten in Deutschland feststellen können. Das gemeinsame Regieren des Kontrollrats ist immer unmöglicher geworden. An seine Stelle ist das Kontrollieren, Verhandeln und Reden getreten. Darunter muß Deutschland notgedrungen weiteren Schaden nehmen. Der Deutsche Volkskongreß hat in vielen Eingaben, Vorstellungen und Wünschen bei den zuständigen Stellen der Alliierten die nationale und materielle Notlage des deutschen Volkes unterbreitet. Es war vergeblich! Man hat sich geweigert, uns anzuhören. Die Grundlagen für die Erledigung der nationalen und internationalen Fragen über Deutschland sind aufgelöst und zertrümmert. Soll das deutsche Volk tatenlos danebenstehen? Sollen wir zusehen, wie die Interessen Deutschlands auf der Straße liegen und verkommen? Das kann niemand vom deutschen Volk erwarten. Wir rufen deshalb zur nationalen Selbsthilfe in ganz Deutschland auf. Wer uns dabei hindert, beweist uns nur, daß ihm die Interessen des deutschen Volkes nichts sind. Man versucht durch Verbote und bürokratische Erschwernisse die nationale Bewegung Deutschlands zu hemmen. Wir erwarten vom gesamten deutschen Volk, daß es sich durch die Schaffung eines westdeutschen Rumpfstaates niemals in seinem Zusammengehörigkeitsgefühl, in seinem Kampf für ein einheitliches friedliches Deutschland erschüttern läßt. Man mag beschließen, was man will. Es wird auch in Deutschland der Tag kommen, an dem keine Macht der Welt mehr trennen kann, was zusammengehört.

Wir rufen das ganze deutsche Volk auf, aus den bittren Erfahrungen der letzten hundert Jahre deutscher Geschichte die Lehre zu ziehen, daß die Erfüllung einer großen nationalen Aufgabe nur möglich ist, wenn sie unter Mitwirkung und Verantwortung der großen Mehrheit des ganzen Volkes erfolgt. Die Stärkung der demokratischen Kräfte, der friedliche Neuaufbau Deutschlands, unsere Verpflichtungen gegenüber den geschädigten Völkern,

<sup>1</sup> „Neues Deutschland“ vom 10. März 1948.



die Verbesserung unseres Lebens und die Wiedereingliederung Deutschlands in die Familie der friedliebenden Völker der Welt können wir in Deutschland nur erfüllen, wenn wir das Vermächtnis unserer Väter einlösen, die Schaffung einer unteilbaren deutschen demokratischen Republik.

Für eine Zusammenarbeit  
mit allen demokratischen Kräften des Volkes

*Diskussionsrede auf der 1. Sitzung des Deutschen Volksrates*

19. März 1948

Wir haben unsere Auffassung über die Beurteilung der gegenwärtigen politischen Situation bereits auf der Tagung des Deutschen Volkskongresses zum Ausdruck gebracht. Wenn wir heute auf Wunsch einzelner Delegierten nochmals Gelegenheit nehmen, diese unsere Stellung zusammenzufassen, so ist das im Grunde genommen eine Wiederholung. Mit dieser Wiederholung haben wir aber einige Versicherungen zu verbinden. Ich wiederhole also unsere Auffassung über die gegenwärtige politische Situation.

Wir sind der Meinung, daß sich in den letzten Monaten die Situation in Hinsicht auf Deutschlands Zukunft grundlegend verschoben hat. Wir stehen vor der Tatsache, daß das völkerrechtliche Fundament Deutschlands sich verändert hat und daß sich die innerpolitischen Voraussetzungen für die Gestaltung einer deutschen Politik verschoben haben. Die Veränderung der völkerrechtlichen Voraussetzungen besteht darin, daß die Außenminister der Westmächte die in den Potsdamer Beschlüssen niedergelegten Voraussetzungen für die Bildung und Tätigkeit eines Außenministerrats zerschlagen haben. Der Außenministerrat hatte die Aufgabe, einen deutschen Friedensvertrag vorzubereiten. Das hat sich mit dem Auseinandergehen der Außenministerkonferenz völlig gewandelt, und wir wissen heute noch nicht, welche neue Form sich aus der heutigen Grundlage für die Schaffung eines Friedensvertrages erarbeiten läßt. Soviel aber scheint uns klar zu sein, daß die Erarbeitung dieser Grundlage nicht in freudiger Übereinstimmung der beteiligten Alliierten vor sich gehen wird,



sondern daß sie unter einem starken Einfluß und mit stärkster Initiative des deutschen Volkes, mit der es seine eigene Auffassung zum Ausdruck bringt, erkämpft werden muß.

Innenpolitisch stehen wir vor der Tatsache, daß durch die seit Monaten in ständiger Folge sich wiederholenden Kampfmaßnahmen der westlichen Besatzungsmächte die für eine fruchtbare Arbeit des Kontrollrats notwendige Übereinstimmung restlos zertrümmert ist. Der Kontrollrat hat in den letzten Monaten den Beweis erbracht, daß die auf der Übereinstimmung der Alliierten basierende Arbeitsmethode in die Brüche gegangen ist. Dadurch ist die für die Gestaltung der innenpolitischen Verhältnisse Deutschlands notwendige Einmütigkeit verlorengegangen, und Beschlüsse über die politische Gestaltung Deutschlands im Innern werden vom Kontrollrat nicht mehr zu erwarten sein. Das ist eine Feststellung, die wir bedauerlicherweise nicht anders treffen zu können glauben, weil wir uns vor einer Politik der Illusionen hüten möchten, die uns nicht vorwärts, sondern rückwärts bringt oder bestenfalls auf der Stelle treten läßt. Das hieße, den Boden unter Deutschland in ein Sumpfgelände zu verwandeln und unsere Lebensverhältnisse von Tag zu Tag noch weiter zu verschlechtern.

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, haben wir die Formulierung für richtig gehalten: das deutsche Volk muß zur nationalen Selbsthilfe greifen. Auch hier haben wir keine Illusionen und glauben nicht, daß diese nationale Selbsthilfe etwa das deutsche Schicksal restlos bestimmen könnte. Das würde heißen, von vornherein das Vorhandensein von Besatzungsmächten nicht in Rechnung zu stellen, die auch heute noch in Deutschland eine reale Machtposition innehaben. Wir wollen ja keine Illusionspolitik treiben, aber soviel scheint uns doch klargeworden zu sein, daß durch die Arbeit des Deutschen Volkskongresses und das gemeinsame Auftreten der politischen Parteien die Stimme Deutschlands, wenn sie vernünftig, ruhig und fest erhoben wird, nicht ungehört in der Welt verhallen kann. Gewiß, Deutschland ist ein besetztes Land, und man versucht, aus diesem Westdeutschland



ein Land zu machen, das die Merkmale einer Kolonie trägt. Aber ebenso gewiß wie diese Tatsache ist auch die andere, daß man Deutschland und eine Nation von 70 Millionen Menschen nicht so behandeln kann.

Es ist auch sicher, daß uns niemand das Recht verwehren kann, zu den lebensnotwendigen Problemen unseres Volkes unsere Stimme vor der Welt zu erheben.

Eine solche nationale Bewegung muß ein Organ haben, und dieses Organ sehen wir in dem Deutschen Volksrat. Es wäre müßig, in dieser Stunde darüber streiten zu wollen, welche Aufgaben der Volksrat hat und welche er nicht haben darf. Die Aufgaben, die der Volksrat zu erfüllen hat, werden sich uns mit so zwingender Notwendigkeit aufdrängen, daß wir heute nicht unnötig Worte darüber zu verlieren brauchen, was er einmal zu tun haben wird. Der Volksrat hat eine Hauptaufgabe zu erfüllen: Es ist eine Verpflichtung, zu sagen, wie wir uns die praktische Lösung der gemeinsamen Probleme Deutschlands vorstellen. Haben wir nicht auf dem Volkskongreß einstimmig eine EntschlieÙung angenommen, die die Prinzipien der für Deutschland notwendigen Wirtschaftspolitik enthält? Soll das etwa nur ein Stück Papier sein, oder aber ist dieser Beschluß nicht für den Volksrat eine zwingende Verpflichtung, aus sich heraus die für Deutschland praktische Gestaltung einer Wirtschaftspolitik zu entwickeln? Hier sehen wir schon, wie sich die Aufgaben des Volksrats aus sich selbst herauskristallisieren und wie wir alle an dieser Arbeit teilnehmen müssen, um das Leben unseres Volkes zu garantieren.

Der andere Beschluß des Volkskongresses von entscheidender Bedeutung ist der über die Durchführung eines Volksbegehrens zur Herbeiführung eines Volksentscheids. In dieser von uns eingeleiteten Aktion erwächst uns zunächst die Aufgabe, jene mysteriösen und übertriebenen Vorstellungen im Westen Deutschlands zu bekämpfen, die sich in der Auffassung ausdrücken, im Osten Deutschlands erstrebe man ein überzentralisiertes Deutschland. Davon kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil, wir sind der Auffassung, daß wir durch eine vernünftige Politik und durch die



richtige Formulierung des Volksbegehrens dem Westen zeigen müssen, daß wir den gangbarsten Weg für die Einheit Deutschlands suchen, auf dem sich alle guten Deutschen finden und verständigen können. Es gilt ein einheitliches Deutschland zu schaffen, das den Ländern die Zuständigkeiten nach der Weimarer Verfassung zusichert, um auf möglichst breiter Grundlage für alle Deutschen eine Position zu erarbeiten, die die Einheit Deutschlands nicht als eine abstrakte Formulierung erscheinen, sondern eine tatsächliche politische Gestaltung in Deutschland Wirklichkeit werden läßt.

Zu diesem Punkte ist noch ein Wort zu sagen. Im Westen Deutschlands wird gegenüber unserem Bestreben, durch ein Volksbegehren eine Volksabstimmung zu erreichen, so oft betont, das alles sei ein überflüssiges Manöver, das brauche man in Deutschland nicht; denn die Deutschen in ihrer Gesamtheit wollten die Einheit Deutschlands. Wenn es so ist, ist es uns zum mindesten völlig unverständlich, warum jene Leute, die diese Erkenntnis zwar theoretisch haben und aussprechen, es praktisch ablehnen, mit uns in einer Front zu marschieren und die notwendige Lebensfrage für Deutschland zu beantworten.

Darüber hinaus gibt es aber noch eine viel bedeutsamere Wirkung des Volksbegehrens, über die wir uns alle klar sein müssen. Wenn auch die Alliierten sagen, sie seien sich einig darüber, daß das deutsche Volk die Einheit wünsche, so genügt es für uns nicht, einer solchen Versicherung zu lauschen, sondern wir wollen den Willen des deutschen Volkes für alle Zeiten vor der ganzen Welt dokumentieren, weil wir davon überzeugt sind, daß es für die alliierten Besatzungsmächte schwerer ist, gegen die Interessen des deutschen Volkes zu verstoßen, wenn das deutsche Volk einmütig seinen Willen zum Ausdruck gebracht hat, als wenn wir keinen Ton zu diesen Dingen gesagt hätten. Die Vergewaltigung eines Volkes wird schwieriger, wenn der Wille dieses Volkes vor der ganzen Welt dokumentiert wird.

Nun noch ein Wort über die Zusammenarbeit im Deutschen Volksrat! Es ist sicher richtig, daß wir uns die Formen und Me-



thoden unserer Arbeit in diesem Arbeitsparlament erst selbst schaffen und erarbeiten müssen. Ich halte es für verfrüht, über die Einzelheiten heute schon Erklärungen abzugeben, sondern wir halten es für richtiger, das von uns gewählte Sekretariat zu beauftragen, uns eine Geschäftsordnung für die Arbeitsmethoden und die Wirksamkeit dieser Versammlung zu schaffen. Wir selbst werden dann darüber abzustimmen haben, wie wir miteinander arbeiten wollen. Aber eine gedeihliche Zusammenarbeit in einer solchen Versammlung läßt sich nicht allein durch papierne Bestimmungen sichern, sondern letzten Endes nur durch den Geist, mit dem die Bestimmungen gehandhabt werden. Wenn hier das Wort gefallen ist, es komme darauf an, dieser Versammlung einen Charakter zu geben, der keine Vergewaltigung zuläßt, so muß ich dazu sagen: zu dieser Befürchtung liegt nicht der mindeste Grund vor.

Es sei mir noch einmal gestattet, ganz kurz in einigen Sätzen unsere prinzipielle politische Orientierung in dieser Frage zum Ausdruck zu bringen. Das Grundsätzliche liegt in der Tatsache, daß sich im Laufe der letzten Jahrzehnte in Deutschland eine gesellschaftliche Kraft entwickelt hat, die niemand mehr übersehen kann; das sind die Werktätigen, das ist die deutsche Arbeiterklasse, und es ist nötig, daß wir alle miteinander ein richtiges, neues Verhältnis zueinander finden. Die Grundlage unserer Zusammenarbeit wird eine offene und freimütige demokratische Grundlage sein, von der wir wünschen, daß sie auf der notwendigen gegenseitigen Toleranz beruht, eine Zusammenarbeit, bei der jeder das Gefühl der Freiwilligkeit und der freimütigen Hingabe an eine gemeinsame Arbeit hat.

Aber über einen Punkt möchten wir auch keinen Zweifel lassen: Wir möchten, daß wir alle miteinander aus dem Parteiwesen, das wir in Deutschland aus der Weimarer Zeit kennen, etwas lernen, daß wir lernen, nicht in kleinmütige Zänkerei zu versinken, sondern notwendige Auseinandersetzungen kameradschaftlich untereinander auszutragen. Das dient letzten Endes nicht nur der einzelnen Partei, sondern der Gesamtheit des Volkes.



Wir meinen also, daß die Methoden im deutschen Parteiwesen, die wir aus der Zeit vor 1933 kennen, zur Erfüllung einer solchen Aufgabe nicht mehr ausreichen. Ein Blick auf den Ablauf der politischen Dynamik im Westen Deutschlands zeigt uns, daß das Wiederaufleben des Parteiwesens, wie es vor 1933 gewesen ist, zu einer neuen Erstarrung und Versteinerung des politischen Lebens führt. Darum sind wir der Auffassung, daß wir ehrliche Bündnispolitik treiben müssen, die nicht an den Grenzen der Parteien Halt macht und auch die großen politischen Massenorganisationen umfaßt, in denen die lebendigen Kräfte von Millionen Menschen wirken, wie etwa in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Auch sie müssen alle in ihrer Vielfalt und Buntheit in den demokratischen Aufbau Deutschlands eingespannt werden. Vielleicht sind das für manchen neuartige Gedankengänge. Darüber wollen wir miteinander diskutieren und uns zu verständigen suchen. Insbesondere aber möchte ich für meine Freunde an die Vertreter aller großen Massenorganisationen die Bitte richten, sich darüber klar zu sein, daß sie ebensowenig wie die Parteien in dieser Versammlung die Aufgabe haben, ihre spezifischen Organisationsprinzipien zu vertreten, sondern daß wir alle die gemeinsame Aufgabe haben, die Interessen des deutschen Volkes auf einer gemeinsamen Basis zu vertreten.

## Ihr seid das Bauvolk der neuen Welt

*Kongreß junger Arbeiter der volkseigenen Betriebe*

*10. und 11. April 1948 in Zeitz*

Liebe junge Freunde! Ich bin sehr froh, wieder einmal in euren Reihen sein zu können. Jedesmal, wenn ich mit der Jugend zusammen sein darf, jedesmal, wenn ich in eure leuchtenden Augen blicken kann, fühle ich wieder, daß in Deutschland noch eine Kraft lebt, die stark genug sein wird, die furchtbaren Erlebnisse der letzten Jahrzehnte zu überwinden und für Deutschlands Zukunft einen neuen Weg zu bahnen. Mit vielen von euch habe ich schon die Möglichkeit einer direkten persönlichen Verbindung gehabt. Ich erinnere mich daran, daß schon mancher von euch als Delegierter seines Betriebes oder seiner Gruppe nach Berlin kam, um mich in meinem Büro aufzusuchen und über Fragen der Jugend mit mir zu diskutieren. Nun, ich weiß genau, daß nicht immer alles nach eurem Wunsch ging. Aber ich glaube, das eine doch immer gezeigt zu haben: Wenn ihr gekommen seid, haben wir in Berlin immer ein offenes Ohr und ein offenes Auge für euch gehabt, und wir waren jedesmal froh, wenn ihr da wart; denn eure Wünsche sind frisch, lebendig, lebenskräftig und notwendig, und jedesmal, wenn ihr aus unseren Parteiräumen wieder hinaus geht, war es mir, als wäre mit euch ein frischer Wind hereingekommen.

Wenn ich nun heute hier stehe und euch die Grüße der Sozialistischen Einheitspartei überbringe, so verbinde ich sie auch mit meinen persönlichen Wünschen und Grüßen für diesen Kongreß, ich verbinde sie insbesondere mit den Wünschen und Grüßen meines alten Freundes Wilhelm Pieck, der so gern heute



in euren Reihen geweiht hätte. Gern wäre er hier gewesen, aber andere Pflichten hielten ihn in Berlin zurück, und da dieser Alte mit dem jungen Feuerkopf auch sein ganzes Leben Aktivist gewesen ist, will er es sich nicht nehmen lassen, in der Reihe mit den jungen Aktivisten auch seinen Platz zu behalten und seine Arbeit weiterzuführen. Einen besonderen Gruß also von Wilhelm Pieck!

Was ich hier zu sagen habe, sollen einige Überlegungen sein, die für jeden jungen Menschen in Deutschland heute sehr wichtig sind. Was hier veranstaltet wird, ist etwas Neues. Es ist eine Ehrung der Jugend, jener Jugend, die bisher nur geehrt wurde, wenn ihre Knochen auf dem „Altar des Vaterlandes“ lagen.

Die Ehre der deutschen Jugend aber wird nicht wiederhergestellt auf den Schlachtfeldern der Welt, sondern an der Stätte der friedlichen Arbeit. Sie wird dort hergestellt, wo man für den Frieden kämpft und wirkt.

Der Geist der Vernichtung war in Deutschland die Grundlage für die Ehrung, jener Geist der Vernichtung, der sich um die Namen von Fürsten und Heerführern wob, jener in Deutschland geehrten Männer, deren Ergebnis und geschichtliches Werk eigentlich nur die Fabrikation von Witwen und Waisen gewesen ist. Jene Ehrungen, die in deutschen Städten, in Denkmälern von Stein und Erz zu finden sind, die die Helden des Krieges verherrlichen, müssen in Deutschland einmal ein Ende haben. Sie müssen ein Ende haben, weil uns diese geschichtliche Vergangenheit zweimal in furchtbare Not gestürzt hat. Sie müssen ein Ende haben, weil die Auswirkungen dieser Geschichte sonst für Deutschland das Ende bedeuten würden.

Wir haben in Deutschland eine Nationalhymne gehabt, die mit den Worten „Deutschland, Deutschland über alles“ begann. Dieses Lied ist im Munde von Militaristen und Chauvinisten, im Munde von Faschisten mit Schmutz und Dreck besudelt und hat statt des Empfindens einer echten und einfachen Heimatliebe nichts weiter in Deutschland zum Wachsen gebracht als jene gefährliche nationale Überheblichkeit, die uns in der ganzen Welt

in Verruf gebracht hat. Der Geist dieses „Deutschland, Deutschland über alles“ hat uns nur die Tatsache gebracht, daß Deutschland *unter* allen Völkern steht.

Demgegenüber ist es interessant, einige Worte zu hören, die die wahre Gesinnung des Dichters des Deutschlandliedes, Hoffmanns von Fallersleben, kennzeichnen:

„Die Weltgeschichte, wie sie wird gelehrt in unseren Schulen, ist am Ende nichts weiter als ein einziger Kriegsbericht. Der Menschheit ganzer Jammer wird erzählt. Nur Mord und Totschlag ist das Heldentum, als gäbe es weiter keine Ehre mehr und weiter kein Verdienst als Schlachtensiege.“

Das ist die Erziehung der deutschen Jugend gewesen, das war der Standpunkt im „geistigen Wachstum“ unserer deutschen Schule. Heute besteht die Aufgabe darin, diesem Geist der Vernichtung gegenüber einen neuen Geist in Deutschland zu entwickeln, den Geist des Lebens. Wir müssen begreifen lernen, daß zum Beispiel eine Erfindung wie die Erfindung der Buchdruckerkunst oder die Entdeckung der Dampfkraft und die Erfindung der Dampfmaschine im Leben der Menschheit hundertmal mehr bedeutet als alle imperialistischen Raub- und Eroberungskriege.

Karl Marx, der vor hundert Jahren das Kommunistische Manifest schrieb, in dem er die Bewegungsgesetze der menschlichen Gesellschaft umriß, stellte fest: die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Diese Klassenkämpfe, die auch gegenwärtig in der Welt noch toben, sind es, die euer Leben umspannen, wo ihr auch stehen möget: an eurer Maschine oder sonst an eurem Arbeitsplatz.

Diese Klassenkämpfe stellen uns vor die große Frage, die nicht nur die deutsche Arbeiterklasse, sondern die ausgebeuteten Arbeiter der ganzen Welt betrifft, jene Frage, die in einem deutschen Arbeiterlied in den Worten niedergelegt ist:

„Wer schafft das Gold zu Tage,  
Wer hämmert Erz und Stein,  
Wer webet Tuch und Seide,  
Wer bauet Korn und Wein?“



In den Worten dieses Liedes zeigt sich die große Kraft und Bedeutung, die in dem arbeitenden Menschen liegt, dessen Leben unter dem Kapitalismus Ausbeutung und Ausplünderung bedeutet. Dieses Leben unter dem Kapitalismus bringt dem arbeitenden Menschen Schmutz, Entbehrung und Blut. Es ist eine einzige große und entehrende Blutspur, die sich auf dem Wege des Kapitalismus hinter ihm herzieht und uns zeigt, daß es der Kapitalismus nicht vermag, dem Menschen ein glückliches und erträgliches Leben zu vermitteln. Der Kapitalismus hat in seiner Entwicklung dem Menschen nur Unglück und Elend gebracht.

Ihr müßt darum als junge Menschen eins wissen und eins begreifen, daß nämlich die Arbeit in der menschlichen Gesellschaft etwas Ähnliches ist wie die Sonne in der Natur. So wie die Sonne in der Natur ihre erwärmenden Strahlen ausschickt und die Voraussetzungen für das Wachstum und die Reife und damit auch für das Leben der Menschen bietet, so bietet die Arbeit in der Gesellschaft den Menschen die Voraussetzung, die vorhandenen Naturkräfte in Bewegung zu setzen und zur Entfaltung zu bringen. Ohne Arbeit gibt es kein Leben, so wie es in der Natur ohne Sonne kein Leben gibt. Wenn aber die Arbeit im Leben der Menschen eine solche entscheidende Rolle spielt, dann müssen wir auch begreifen, was die jungen arbeitenden Aktivisten für die Gesellschaft der Menschen tatsächlich bedeuten.

In der Arbeit ist die Jugend genau dasselbe wie der Frühling in der Natur. Was eure Arbeit schafft, das dient eurem Leben, dient der Jugend, und was der Jugend dient, das dient letzten Endes der Zukunft. Die Frage, die für euch wichtig ist und mit der ihr euch auseinandersetzen müßt, ist die Frage, ob ihr eure Arbeit in Zukunft genauso, wie es die jungen Generationen vor euch erleben mußten, zur Verfügung stellen müßt, um dem Kriege zu dienen. Ihr müßt euch mit der Frage auseinandersetzen: dient das Leben nur dem Tode oder soll es dem Leben dienen? Soll die Arbeit dazu dasein, ein besseres Leben zu gestalten, oder soll die Arbeit lediglich dazu dasein, um den Profit zu sichern und bestimmten Kapitalbesitzern ihr Leben zu gestalten?



Ich sage euch eins, und das, was ich hier sage, sage ich als Sozialist: ihr seid zwar eine überparteiliche und große Organisation und steht unter dem Motto, das hier über der Bühne steht, „Großes Werk gedeiht nur durch Einigkeit“, aber es wäre unehrlich, wenn ich von diesem Platze nicht meine Auffassung sagen würde, die klar und eindeutig den Weg der Arbeit vorzeichnet, den ihr gehen müßt. Dieser Weg besteht darin, daß es für euch als Jugendliche nur ein Motto in eurer Arbeit gibt. Es gilt dem Leben ein neues Lied zu singen, und dieses neue Lied muß das Lied der Arbeit sein.

Eure Aufgabe besteht darin, der Arbeit den Platz einzuräumen, den sie in Wirklichkeit verdient. Ihr müßt der Arbeit einen neuen Sinn und neuen Inhalt geben und sie befreien von jenen furchtbaren Belastungen, die der Kapitalismus ihr auferlegt hat. Aber da stehen wir vor der Frage des arbeitenden Menschen, die ich als Sozialist nur so beantworten kann, wie sie unser Karl Marx beantwortete. Wer kann das Proletariat von der Ausbeutung und Unterdrückung befreien? Kann es der Kapitalismus? Können es jene monopolistischen Kräfte, die sich heute wieder so lebhaft in der Welt rühren? Wenn sie es tun würden, so würden sie gleichzeitig Selbstmord verüben. Sie können es also nicht. Der große Geistesheros Karl Marx beantwortete diese Frage in seinem „Kommunistischen Manifest“: Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Seht ihr, liebe junge Freunde, da ist der Zusammenhang zwischen der Arbeit und der Gestaltung eures eigenen Lebens. Aber die Befreiung der Arbeiter durch die Arbeiter selbst, das ist der Kampf um den Sozialismus. Wenn wir den Kampf führen und geführt haben um die Enteignung der Junker, der Monopolisten und der Kriegsverbrecher, so ist das nicht ein ungerechtfertigter Kampf von Menschen gegen Menschen, sondern es ist der Kampf der Unterdrückten gegen ein böses Prinzip, das dem Menschen Unglück, Tränen und Kummer gebracht hat.

Die letzten Jahrzehnte des Kapitalismus zeigen gerade dem deutschen Volke, wohin diese Herrschaft der Kapitalisten geführt



hat, nämlich zur Krise und zum Kriege und vom Kriege in ein großes Tränenmeer, in dem das deutsche Volk heute noch steckt. Es bemüht sich, aus all dieser Bedrückung des Lebens herauszukommen, um zu einem neuen Leben zu gelangen.

Es ist ein lächerliches Beginnen, wenn die Gegner der sozialistischen Weltanschauung davon reden, daß es uns in unserem Kampfe nur darauf ankäme, eine einseitige Bevorzugung der Arbeiter herbeizuführen. Nein, es kommt uns darauf an, die wichtigsten Produktionsmittel in die Hände der Allgemeinheit, das heißt aller arbeitenden Menschen zu überführen und allen arbeitenden Menschen die Möglichkeit zu geben, die Früchte ihrer Arbeit für sich und für ihr Volk auszunutzen.

In diesem Kampfe um die Übertragung der entscheidendsten Produktionsmittel aus den Händen jener Menschen, die in der Vergangenheit uns nur von einem Krieg zum anderen gebracht haben, in die Hände des werktätigen Volkes stehen wir entschlossen und mächtig da. Wir stehen entschlossen da, weil wir die Erkenntnis in uns tragen, daß es heute für alle ehrlichen Friedensfreunde dringender als je ist, die gegenwärtige Verwirrung in der Welt zu bekämpfen. Wenn heute über den ganzen Erdball schon wieder dunkle Gerüchte vom Krieg kriechen, wenn neues Geschrei über einen irgendwo unvermeidlichen Krieg über die Welt getragen wird, so sage ich: Als Vertreter der Jugend ist es eure Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diesen Brandstiftern in der Welt die Brandfackeln aus der Hand geschlagen werden.

Seht ihr, da stehen wir vor der Entscheidung einer Frage, mit der sich jeder Mensch auseinandersetzen muß. Kapitalismus bedeutet Krieg. Der Kapitalismus hat das Bestreben zur Ausdehnung in sich und will den Weltmarkt erobern. Und in diesem Kampf um den Weltmarkt reißen die monopolistischen Kreise der Welt die Völker in den Strudel ihrer Auseinandersetzungen und werfen die Menschen von einem Krieg in den anderen. Kapitalismus und Krieg sind nicht voneinander zu trennen.

Aber der Sozialismus kann keinen Krieg gebrauchen, sondern muß seiner ganzen Natur nach auf dem Boden des Friedens ent-



wickelt werden. Frieden und Sozialismus sind zwei ebenso untrennbare Dinge, wie Kapitalismus und Krieg voneinander nicht zu trennen sind. Die Voraussetzungen für Frieden und Sozialismus zu schaffen, das heißt der Menschheit die nötige Ruhe für die Entwicklung ihres Lebens zu geben, das ist die Aufgabe aller fortschrittlichen Menschen.

Wir Deutschen müssen uns in diesen Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Lagern der Welt, zwischen Kapitalismus und Sozialismus entscheiden. Wir müssen uns einen neuen Standpunkt suchen, einen Standpunkt, der es uns gestattet, auf unserem Boden unsere eigenen Verhältnisse zu regeln und unser eigenes Leben zu gestalten. In diesem Suchen nach einem neuen Standpunkt ergeben sich die Schwierigkeiten für die neue Politik, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben.

Wir deutschen Menschen müssen uns darüber klarwerden, daß die Aufgabe Deutschlands in der Zukunft niemals mehr darin bestehen kann, „neue Plätze an der Sonne“ zu suchen. Wir müssen vielmehr begreifen, daß unsere Aufgabe darin besteht, die Sonne in unserem eigenen Lande mit den Mitteln der friedlichen Arbeit wieder zum Wärmen und Leuchten zu bringen.

Wenn das deutsche Volk, dessen imperialistische Machthaber zweimal einen Weltkrieg auslösten, heute nach einem neuen Standpunkt sucht, dann muß es begreifen lernen, daß dieser Standpunkt nicht der alte sein kann. Das deutsche Volk hat die Aufgabe, sich auf die neuen gesellschaftlichen Auschauungen zu orientieren, die sich in der Welt immer mehr verbreiten.

Zwei große Gegensätze stehen einander gegenüber, nämlich Kapitalismus und Sozialismus. Der größte und stärkste Träger der kapitalistischen Welt ist gegenwärtig Amerika, der größte und stärkste Träger des Sozialismus die Sowjetunion. Für alle unsere arbeitenden Menschen muß es klar sein, daß wir uns auf der Suche nach dem Frieden nicht auf den Kapitalismus, der Krieg bedeutet, sondern daß wir uns auf den Sozialismus, der Frieden bedeutet, nämlich auf die Völker der Sowjetunion, stützen müssen. Kapitalismus bedeutet Profit, bedeutet Expansion, Expansion



bedeutet neuen Krieg. Sozialismus aber bedeutet friedliche Aufbauarbeit, bedeutet Beseitigung der Ausbeutung und Sicherung des Friedens.

Wir als deutsche Arbeiter und insbesondere ihr als junge Arbeiter gehören in die große Friedensarmee der Welt. Wenn heute so viel von den Gefahren eines neuen Krieges gesprochen wird, so ist es an der Zeit, daß wir als Freunde des Friedens immer wieder darauf hinweisen, daß wir den Trägern eines neuen Krieges an Kräften weit überlegen sind. Wir sehen heute, wie ein Sechstel dieser Erde, die Sowjetunion, zum Hort des Friedens geworden ist, wie die Entwicklung zu einer friedlichen Zukunft eine Sicherung in diesem großen Staate der Erde gefunden hat. Wir sehen, wie neben den 200 Millionen Menschen der Sowjetvölker 100 Millionen in Südosteuropa, in den neuen Volksdemokratien, entschlossen und gewillt sind, sich für eine Friedenswirtschaft einzusetzen und zu kämpfen. Wir sehen, daß die Spaltung der Menschen in zwei Lager zwischen Frieden und Krieg quer durch die ganze menschliche Gesellschaft geht. Wir wissen, daß Millionen von Menschen in England, in Frankreich, in Italien, in Amerika, in Asien, in der ganzen Welt nicht daran denken, in einen neuen Krieg zu ziehen, sondern daß sie genau wissen, daß ihr Leben von Ruhe und Frieden abhängt und daß sie mit uns zusammen zu der großen Armee des Friedens gehören, die dafür sorgen wird, daß die Menschenschlächtereien in der Welt ihr Ende finden.

Seht ihr, darin liegt die Verbindung zwischen der Arbeit und der Politik unserer Tage. Ihr arbeitet für ein besseres Leben, und diese Arbeit für ein besseres Leben betrifft nicht nur euch, den einzelnen, sondern sie betrifft uns alle, das gesamte deutsche Volk. Damit erhebt sich die Arbeit des einzelnen auf ein neues Niveau. Sie erhält eine ganz andere Blickrichtung, als es bisher der Fall gewesen ist. Das müßt ihr begreifen lernen. Ihr müßt begreifen lernen, daß die Ehrung der jungen Aktivisten nicht nur die Ehrung des einzelnen Menschen, sondern die Ehrung der Arbeit als Ganzes bedeutet. Wir wollen damit sagen, daß diese Ehrung der Arbeit



uns als ein kollektives Erlebnis erscheinen soll und daß die eigene Leistung im Grunde genommen eine Volksleistung werden muß.

So entwickelt sich aus dem neuen Begriff eine neue Initiative. Wenn in dieser neuen Initiative ihr als junge Menschen im Vordergrund steht, so ist damit der Beweis gegeben, daß diese in der Entwicklung befindliche Initiative nicht wie ein Strohfeuer von heute auf morgen verlöschen kann, sondern auf Jahrzehnte in unser Volk hineingetragen wird. Unsere Initiative gilt der Gegenwart, aber noch mehr gilt sie der Zukunft, und was der Zukunft dient, das dient der Jugend und damit dem ganzen deutschen Volke. Darum müssen wir alle aus dieser neuen Einstellung der neuen Volksinitiative und der Jugend, die so siegreich dabei voranmarschiert, die eine Lehre ziehen, die sowohl auf wirtschaftlichem, auf sozialem Gebiete wie auf politischem Gebiete gelten muß und der sich jeder fortschrittliche ältere Mensch zu beugen hat, nämlich die Parole: *Bahn frei für die Jugend!*

Aber seht ihr, das kann nur mit Erfolg geschehen, wenn ihr euch alle eins zu eigen macht: gesunden Optimismus, starke Zuversicht, Glauben an unsere Sache, an die Zukunft unseres Volkes, an die einzig mögliche und richtige Entwicklung Deutschlands in der Zukunft, Erkenntnis und Überzeugung von der Richtigkeit der sozialistischen Weltanschauung.

Zu einer Zeit, als das russische Volk noch unter der Zarenknote stöhnte, ging aus diesem russischen Volk ein großer und bedeutender Dichter hervor, jener Dichter, der so viele prachtvolle Worte über die Kraft seines Volkes gesprochen hat. Ich meine Maxim Gorki, der das Lied der Lebensbejahung gesungen und in seinen beiden Bänden, in denen er seine Jugendzeit schildert, am Schlusse geschrieben hat:

„Ich fühle einen unbändigen Drang, der ganzen Erde und auch mir selbst einen unbändigen Stoß zu geben, damit alles, auch ich selbst, in einen fröhlichen Wirbel gerate und die Menschen im festlichen Reigen sich drehen, das heißt voller Liebe zu dir und zu diesem Leben, das nur um eines anderen schöneren und friedlicheren, reineren Lebens willen geboren wurde.“



Seht ihr, junge Freunde, dieser Geist eines Volkes, der durch einen seiner größten Dichter so schön manifestiert wurde, dieser Geist der Lebensbejahung muß auch in uns allen herrschen. Wir müssen alle den unbändigen Willen haben, diesem Leben einen Stoß zu geben und uns selbst mit in einen Wirbel zu setzen, der uns tatenfroh und tatkräftig werden und uns alle gemeinsam an unserem großen Werk arbeiten läßt.

Ihr nennt euch Freie Deutsche Jugend, und an diesem Rednerpult steht „FDJ“, das heißt frei, deutsch und jung. Schöne Worte! Sorgt dafür, daß wir frei werden, sorgt dafür, daß unser Volk wieder zu einer Freiheit zurückkommt, sorgt dafür, daß jeder einzelne innerlich frei wird, um sich einzuschalten in den großen Kampf fortschrittlicher Geister.

Deutsch! Sorgt dafür, daß wir alle deutsch werden in jenem guten und besten Sinne, den das Wort deutsch einmal gehabt hat. Sorgt dafür, daß Schluß gemacht wird mit jener deutschen chauvinistischen Überheblichkeit. Sorgt dafür, daß das Wort deutsch soviel wie friedliebend heißt. Dann wird die Welt uns auch wieder anerkennen.

Und dann, liebe jungen Freunde: jung! Ihr seid es noch. Seid froh darüber. Die Jahre werden vergehen, eure Haare werden ergrauen. Aber vergeßt nicht, in diese Tage, die vor euch liegen, das hineinzunehmen, was ihr in eurer schönen freien deutschen Jugendbewegung jetzt sammelt, nämlich Zuversicht und Lebenswillen, den wir in den nächsten Jahrzehnten in Deutschland so nötig gebrauchen wie das liebe Brot.

Wenn ich euch alle zum Schluß zu der von euch geleisteten Arbeit beglückwünsche, so tue ich das, weil ich weiß, was es bedeutet, in dieser Zeit der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse Spitzenleistungen der Arbeit zu vollbringen. Ich bin ja oft genug durch eure Betriebe gegangen und habe euch an den Maschinen gesehen, habe oft genug die jungen Menschen gesehen, froh und emsig in dem Bewußtsein, schon in jungen Jahren ihre Aufgabe zu erfüllen.

Aber größer und bedeutsamer als dieses Bewußtsein des einzel-

nen, für sich zu arbeiten, ist das Bewußtsein, sich in das Ganze einzugliedern und in der Gemeinschaft, im kollektiven Kreise nicht nur für sich, für seine Familie, sondern für das ganze Volk, für eine bessere Zukunft zu schaffen. Da liegt eure Verantwortung.

Wenn wir davon sprechen, daß wir mehr arbeiten müssen, so tun wir das wirklich nicht aus dem Grunde, weil – wie hämische Leute behaupten – die kapitalistische Ausbeutung durch die staatliche Ausbeutung ersetzt wird. Nein, eure Arbeit in den volkseigenen Betrieben ist keine staatliche Ausbeutung. Laßt euch nicht den Kopf verdrehen! Eure Arbeit in den volkseigenen Betrieben ist die sicherste Voraussetzung für die Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens, die euch dient. Ihr habt also die Aufgabe, diese neue Umstellung der Arbeit und die neue Entwicklung der volkseigenen Betriebe richtig zu begreifen und mit einer tiefen Verantwortung, so jung ihr auch sein mögt, euch in diese Arbeit einzuspannen. Darum seid ihr mehr als einzelne Aktivisten, darum seid ihr mehr als junge Menschen, die man loben kann, darum seid ihr das, was ihr auch wirklich begreifen müßt, ihr seid die Saat, ihr seid die Ernte, ihr seid das Feld, ihr seid das Bauvolk der kommenden Welt.



## Für eine demokratische Staatsverfassung Deutschlands

*30. April 1948*

Der von dem Deutschen Volksrat gewählte Verfassungsausschuß erhielt den Auftrag, eine Verfassung für Deutschland zu entwerfen und seinen Entwurf dem Volksrat zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Zur Durchführung dieses Auftrags hat der Verfassungsausschuß seine Beratungen aufgenommen und ist sich zunächst über die Methoden, die zur Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs führen sollen, klargeworden.

Allen Überlegungen vorangestellt wurde der Entschluß, die Beratungen des Verfassungsausschusses unter der Beteiligung der breitesten Öffentlichkeit und einer möglichst aktiven Mitarbeit aller interessierten Kreise aus allen Teilen Deutschlands durchzuführen. Zunächst sollen „Grundsätze für eine gesamtdeutsche Verfassung“ ausgearbeitet werden. Presse und Parteien haben das Verfassungsthema immer als dringlich und allgemein interessierend behandelt. Keine Großmacht und keiner der deutschen Nachbarstaaten steht der Frage gleichgültig gegenüber, wie die neue Staatsordnung Deutschlands gestaltet werden soll. Die Westmächte haben auf ihren beiden Londoner Konferenzen die deutsche Verfassungsfrage behandelt; der inzwischen der Öffentlichkeit bekanntgewordene Verfassungsentwurf des sogenannten Ellwanger Freundeskreises, der mit seinen unverhüllten Föderalisierungsvorschlägen für die Schwächung der deutschen Wirtschaftskraft eintritt, hat in allen politischen Kreisen ebenso aufwühlend gewirkt wie der vorzeitig bekanntgewordene Entwurf zu einem Besatzungsstatut der USA.

Es besteht eine dringende Notwendigkeit, daß endlich das deutsche Volk selbst zu der entscheidenden Frage einer neuen Staatsverfassung Stellung nimmt und sich entscheidet, nach welchen Grundsätzen künftig die staatlichen Funktionen in Deutschland geregelt werden sollen.

Es liegen zwar bereits Vorschläge und Erklärungen von Parteien und Ländern, einzelnen Gruppen und auch von ausländischen Mächten vor. Zu einer Stellungnahme des deutschen Volkes selbst ist es aber bisher noch nicht gekommen. Es schien beinahe so, als ob sich niemand für berechtigt und beauftragt hielt, um im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen.

Durch den Entschluß fortschrittlicher politischer Kräfte kam es zu der Bildung des Deutschen Volkskongresses und damit zu der ersten gesamtdeutschen Repräsentation. Der Deutsche Volkskongreß gab sich dann im Deutschen Volksrat ein ständiges und arbeitsfähiges Organ und schuf damit die Möglichkeit, zu allen wichtigen und für die Zukunft Deutschlands entscheidenden Fragen eine Willenskundgebung der Vertreter des deutschen Volkes herbeizuführen. Angesichts der bedauerlichen Tatsache, daß drei Jahre nach der Einstellung der Feindseligkeiten der Abschluß eines Friedensvertrages für Deutschland noch immer nicht möglich ist, kann der Entschluß, durch Selbsthilfe eine nationale Repräsentation und damit ein Sprachorgan des ganzen deutschen Volkes zu schaffen, nicht hoch genug eingeschätzt werden. Jedes Volk, welches sich nicht selbst aufgeben will, ist zu einer solchen nationalen Selbsthilfe berechtigt. Wir sind bereit, den Teil der uns zukommenden Verantwortung für das Geschehene zu tragen. Wir wollen Wiedergutmachung leisten, soweit sie in den Kräften des deutschen Volkes steht, aber wir wollen unter gar keinen Umständen Deutschland preisgeben und als Volk untergehen.

Wer die Zerschlagung Deutschlands verhindern will, muß daher mit uns den Erörterungen des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates mit größtem Interesse entgegensehen und seine Arbeiten unterstützen. Die Stimme des ganzen deutschen Volkes soll hier zu Gehör kommen. Nicht vom Standpunkt einer Partei,



eines Landes, einer Zone, sondern im Interesse aller Teile und aller Schichten des deutschen Volkes müssen die Fragen behandelt werden, die dem deutschen Volk eine neue Staatsgrundlage bringen sollen.

Unter den 32 Mitgliedern des Verfassungsausschusses befinden sich 9 Vertreter aus den Westzonen. Der Verfassungsausschuß wird zu den verschiedensten Fachgebieten Sachverständige zu seinen Beratungen heranziehen und die Bitte an alle interessierten Wissenschaftler und Politiker, besonders auch der westlichen Besatzungszonen, richten, sich der Mitarbeit an dieser großen nationalen Aufgabe nicht zu entziehen. Der Öffentlichkeit werden laufend Berichte über die Beratungen des Verfassungsausschusses zugehen, Rundfunk und Presse erhalten Gelegenheit, jedermann über den Fortgang der Arbeiten des Ausschusses zu unterrichten und durch eigene Vorschläge oder durch Wiedergabe der ihnen zugehenden Anregungen aus den Kreisen ihrer Leser und Hörer die Arbeit des Ausschusses zu fördern.

Der Verfassungsausschuß hat in seiner Sitzung am 27. April 1948 den von mir vorgelegten Arbeitsplan eingehend besprochen und beschlossen, daß in mehreren grundsätzlichen Referaten das Material für die Aufgabe des Ausschusses erarbeitet werden soll. Anschließend wird dann eine ausführliche Diskussion zu einer Abgrenzung der zu behandelnden einzelnen Verfassungsfragen führen. Leitsätze der Referenten und die Aufgliederung der Diskussion nach den einzelnen Hauptproblemen werden es ermöglichen, daß – nachdem die Diskussion alle wichtigen Fragen geklärt hat – ein Unterausschuß die Auswertung der Referate und der Diskussion für den Entwurf einer Verfassung übernehmen kann. Das Arbeitsergebnis des Unterausschusses wird dann dem Verfassungsausschuß die Möglichkeit bieten, den ersten Arbeitsabschnitt abzuschließen und über die Grundsätze, die der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes zugrunde gelegt werden sollen, zu entscheiden. Es ist vorgesehen, daß die Referate in einer Schriftenreihe veröffentlicht werden, um sie auch auf diesem Wege der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die bisherigen Beratun-

gen des Ausschusses waren von hoher Verantwortung getragen. Alle Ausschußmitglieder sind sich der besonderen Verpflichtung, die sich aus der Bedeutung der zu lösenden Aufgabe und aus der Besonderheit der politischen Lage Deutschlands ergibt, voll bewußt. Jeder weiß, daß es hier um geschichtliche Entscheidungen geht und es nur eine Richtschnur für unser ganzes Handeln geben kann: die Einheit Deutschlands, ein gerechter Friede und eine fortschrittliche Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse.



## Die ideologischen Wurzeln des deutschen Faschismus

*Aus dem Referat auf dem 1. Kulturtag der SED*

*5. bis 7. Mai 1948*

Mit Entsetzen ist dem deutschen Volke klargeworden, welche Verbrechen in seinem Namen durch den Hitlerfaschismus begangen wurden und welchen Gefahren bis zur völligen Vernichtung es dadurch ausgesetzt war. Wie eine schleichende Seuche hatte das deutsche Volk eine Irrlehre befallen. In kaum einem Jahrzehnt waren moralische Grundsätze und Kultur in den Abgrund der Barbarei gesunken, der sich in Deutschland auftrat.

Wie war es möglich, daß dieses Volk der Dichter und Denker, wie man es in der Welt nannte, daß dieses Land, das im Ringen um die kulturelle Höherentwicklung der Menschheit so wertvolle Beiträge geliefert hatte, so unendlich tief fallen konnte?

Wir müssen die wirtschaftlichen Kräfte ans Licht ziehen, die vom Verborgenen her diese Lehre protegierten. Wir müssen den intellektuellen Urhebern dieses grausigen Rückfalles nachspüren und zu den geistigen Quellengebieten vorstoßen, aus denen die Ideologie des Nazismus gespeist wurde. Dabei werden wir feststellen, daß die Vorgeschichte des Nationalsozialismus zugleich die Darlegung des Verfalls der bürgerlichen Ideologie ist, denn die Prinzipien der nazistischen Staatsideologie sind nicht dem wirren Gehirn des Schöpfers eines „Tausendjährigen Reiches“ entsprungen, sondern sie beherrschen die Philosophie und die Weltanschauung eines großen Teiles des deutschen Bürgertums seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts in zunehmendem Umfange. Die Lügenlehre vom Primat der Rasse, dem Mythos von

der angeblichen deutschen Sendung, der unwürdige Führerkult und die imperialistische Lebensraumideologie hatten ihre Kündler, bevor ihr Vollstrecker, einem Amokläufer gleich, mordend und plündernd über Europa raste.

Zwei bedeutende Ereignisse begünstigten die Entwicklung dieser Idee: erstens Deutschlands Eintritt in die imperialistische Großmachtpolitik um die Jahrhundertwende und zweitens Deutschlands Niederlage nach 1918. Das deutsche Großbürgertum strebte um die Jahrhundertwende zwei Zielen nach; sie bestanden darin, in der schon verteilten Welt sich den „Platz an der Sonne“ zu erkämpfen, und andererseits, den Anspruch der aufstrebenden Arbeiterklasse abzuwehren. Das Bürgertum war durch den Aufschwung des Kapitalismus zu Besitz gelangt und tauschte willig die klassische Humanitätsidee eines Goethe, Herder und Humboldt gegen die gewinnversprechende Lehre des deutschen Imperialismus ein.

So entnahm das Bürgertum, das sich mit den feudalen Kräften verbündete, der Philosophie Hegels vorherrschend die Teile, die seinem Drange nach Macht und Weltgeltung die Legitimation geben konnten. Hegel verkündete:

„So scheint die germanische Welt äußerlich nur eine Fortsetzung der römischen zu sein. Aber es lebte in ihr ein vollkommen *neuer Geist*, aus welchem sich nun die Welt regenerieren muß.“<sup>1</sup>

Die antidemokratischen Thesen, die Hegel in den „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ aufgestellt hatte, gaben der Bourgeoisie eine ideale Begründung für ihren Kampf gegen die Rechte der Arbeiterklasse. Seine Staats- und Rechtslehre wurde zur philosophischen Basis für die Reaktion, den Faschismus. Es ist bezeichnend, daß die fortschrittliche Seite der Hegelschen Philosophie, die Entwicklung der dialektischen Methode, durch Marx und Engels von der Arbeiterklasse übernommen wurde.

In dem Drang nach Weltgeltung und Expansion übernahmen die deutschen Imperialisten die gleiche ideologische Waffe, mit

<sup>1</sup> Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Sämtliche Werke, Jubiläumsausgabe in zwanzig Bänden, Bd. 11, Stuttgart 1938/1939, S. 439.



dären Hilfe schon vorher die herrschende Klasse in England ihre Kolonialpolitik als eine Aufgabe im Dienste der Zivilisation zu rechtfertigen versucht hatte. Jene Waffe war die Rassentheorie, die dreißig Jahre später zum Mittelpunkt der nazistischen Weltanschauung werden sollte. Gobineaus „Essay über die Ungleichheit der menschlichen Rasse“ entnahm die deutsche Bourgeoisie die pseudowissenschaftliche Begründung für ihre Kolonialpolitik. Dieser französische Graf lehrte als erster die angebliche Überlegenheit der arischen Rasse. Er verkündete, daß das unvermischte Germanentum den höchsten Menschenrang darstelle, der durch das minderwertigere semitische Blut gefährdet sei. Gobineau wurde zum geistigen Nährvater aller Vorläufer der nazistischen Ideologie, von ihm führt der Weg über die bürgerlichen Vorkünder geradenwegs zu den Gaskammern von Auschwitz und Maidanek. Fünf Jahre vor dem Erscheinen dieser unheilvollen Pseudowissenschaft war das „Kommunistische Manifest“ von Marx und Engels erschienen. Mit ihm begann der bewußte Kampf der Arbeiterklasse um die Freiheit und Gleichberechtigung der Menschen und Völker.

Mit der gleichen Heuchelei, mit der die katholische Kirche die Unterdrückung und Ausrottung der angeblich rassistisch minderwertigen Indios durch die Spanier als ein christliches Werk rechtfertigte, mit der gleichen Perfidie, mit der die englischen Imperialisten ihre Kolonialpolitik durch die Rassendiskriminierung begründeten, versuchte das deutsche Großbürgertum durch die Lehre von der Ungleichheit der Rassen seinem verspäteten Kampf um die Neuverteilung der Welt einen Missionscharakter zu geben.

Der Engländer Houston Stewart Chamberlain machte die Rassentheorie von Gobineau vollends für den deutschen Imperialismus gebrauchsfertig. In seinen „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ verkündet er, daß die Deutschen innerhalb der germanischen Rasse die höchste Gruppe darstellen.

„Die höhere Entwicklung“, so schreibt dieser „Philosoph“ des deutschen Imperialismus, „ist untrennbar mit Deutschland verbunden. Gott baut heute allein auf die Deutschen.“



Otto Grotewohl macht sich Notizen. Schnappschuß von der 1. Tagung der Kulturschaffenden.





Pangermanismus und Weltsendung hatten ihre pseudowissenschaftliche und angeblich philosophische Grundlage erhalten. Die deutsche Großbourgeoisie schlug sich selbstgefällig an die Brust, und Wilhelm II. rasselte mit dem Säbel. Das Werk Chamberlains, den Rosenberg den „Künder und Begründer der deutschen Zukunft“ nannte, war die geistige Nahrung eines großen Teiles des deutschen Bürgertums. Die freudige Aufnahme und die Zustimmung zu diesem Wegbereiter des Nazismus in einem Teil der deutschen Intelligenz zeigten, wie weit man sich von den Grundsätzen der klassischen deutschen Philosophie entfernt hatte und wie tief man schon im Imperialismus verstrickt war.

Noch tiefgreifender und verheerender war die Wirkung Nietzsches besonders auf die studentische Jugend Deutschlands. Klarer noch als bei Chamberlain treten in seiner Lehre die Grundzüge des Nazismus hervor. Das schaurige Erlebnis des Nazismus bestätigte die entsetzliche Wirkung, die seine Philosophie auf das deutsche Volk ausgeübt hat.

Dieser Verteidiger des deutschen Imperialismus erkennt scharf den Verfall der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihre Dekadenz. Er wittert die Kraft der wachsenden Arbeiterklasse. Deshalb predigt er in seiner Philosophie der herrschenden Klasse eine neue Herrenmoral, deshalb stellt er sie vor das Bild des Übermenschen, deshalb stachelt er den Willen zur Macht auf. Er haßt die Französische Revolution und Rousseau mit ihrem Prinzip der Gleichheit der Menschen. Er verachtet die Vernunft und die Dialektik, er verneint die Demokratie und den Sozialismus, weil sie die Privilegien der herrschenden Klassen antasten.

Besonders in den zwei Schriften „Jenseits von Gut und Böse“ und „Wille zur Macht“ sind die Grundzüge der nazistischen Ideologie schon vorhanden. Klingt es nicht wie aus Hitlers Machwerk „Mein Kampf“, wenn wir folgendes lesen:

„Das Wesentliche an einer guten und gesunden Aristokratie ist, daß sie mit gutem Gewissen das Opfer einer Unzahl Menschen hinnimmt, die um ihretwillen zu unvollständigen Menschen, zu Sklaven, zu Werkzeugen herabgedrückt und vermindert werden müssen.“



Das Grundgesetz der Herrenmoral bestehe darin, daß man nur gegen seinesgleichen Pflichten habe, daß man gegen die Wesen niederen Ranges, gegen alles Fremde nach Gutdünken oder was das Herz will, handeln dürfe.

Sozialismus ist diesem Wegbereiter der nazistischen Ideologie eine überholte Sklavenmoral. Er haßt das Volk. Es ist für ihn Gesindel, Herde und Herdentiere. Der Wiederherstellung der Ordnung der Sklavenhalter war seine Lehre gewidmet. Den Sklavenhalter, seinen Übermenschen, lehrt er die Moral der blonden Bestie: „Seid grausam und ohne Mitleid, Moral ist nur für die Schwachen gültig.“ Wie heißt es doch in den streng geheimen Anweisungen des deutschen Oberkommandos vom 1. Juni 1941 für die geplante Kriegführung in der Sowjetunion:

„Nur Ihr Wille muß entscheidend sein. Dieser Wille muß jedoch auf die Erfüllung großer Aufgaben gerichtet sein. Nur in diesem Falle wird er auch in seiner Grausamkeit sittlich sein. Sie sind keine Untersuchungsrichter und keine Klagemauern.“

Das ist Nietzsches Geist in der Darstellung eines preußischen Generalstäblers.

Durch seine Lehre wurde ein Teil der Intelligenz vorbereitet, abgestumpft, bedenkenlos und zugleich rauschhaft entfacht. Daß Nietzsches Lehre einen so entscheidenden Einfluß ausüben konnte, ist ein Symptom für die geistige Krise, von der ein großer Teil des deutschen Bürgertums schon befallen war. Eine große Unsicherheit und Ratlosigkeit hatte diese Klasse infolge der monopolkapitalistischen Entwicklung befallen. Der Relativismus und Skeptizismus in der Wissenschaft wie die Dekadenz des reinen Ästhetentums in der Kunst kennzeichnen die geistige Situation. Der zunehmende Verfall des humanistischen Ideengutes wird durch eine Philosophie offenbar, die mit ihrem Appell an den Mythos und an den Instinkt, an Sendung und Herrenrasse die Klarheit der klassischen Philosophie verhüllt und das Gewissen zum Schweigen bringt.

Das Mißverhältnis zwischen Wollen und Können, zwischen Wahn und Wirklichkeit gibt besonders dem deutschen Imperialis-



mus die gespreizte Borniertheit, seine Anmaßung und Brutalität. Dieses Mißverhältnis kommt mit der Herrschaft des Nazismus zum völligen Ausbruch; es bringt jene Bestialität hervor, die die höchste Steigerung der Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems darstellt. Mit Stolz haben die geistig bornierten Nationalsozialisten Nietzsche für sich in Anspruch genommen, weil er über die humanistische Idee hinwegging und die Herrschaft des skrupellosen Herrenmenschen begründete.

Man sagt, daß 1914 junge Deutsche mit Nietzsches Zarathustra im Tornister in den Krieg gegangen seien. Wir haben gesehen, wie von 1939 bis 1945 die Söhne Zarathustras, die SA und SS, der Welt den Mythos von der deutschen Sendung und die Herrenmoral in Polen und in der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei und in fast ganz Europa ebenso wie im eigenen Lande mit unüberbietbarer Grausamkeit vorexerziert haben. Wir wollen nicht mehr, daß die deutsche Jugend für eine solche Irrlehre ihr Leben opfert. Deutschland braucht eine Jugend, die die Erkenntnis von der Gleichheit und Freiheit der Menschen und Völker und den Willen zur Verwirklichung ihrer sozialistischen Idee täglich bestätigt.

1918 endete der erste Versuch des deutschen Imperialismus, mit Hilfe der Rassentheorie und des Sendungsfetischismus das deutsche Volk vor seine raubgierigen Interessen zu spannen. Erneut stand das deutsche Volk, seine Jugend und besonders die bürgerliche Intelligenz am Scheidewege. Breite Kreise waren durch die Inflation verarmt. Die fortschreitende Proletarisierung großer Teile des Bürgertums, besonders des Kleinbürgertums, erschütterten die bürgerliche Weltanschauung, den Liberalismus und den Individualismus. Der Verlust des eigenen Besitzes durch Krieg und Inflation machte viele Deutsche empfänglicher gegenüber der Forderung der Arbeiterklasse nach Sozialismus. Bis in die Reihen des Klein- und Mittelbürgertums fand der Kampf der Arbeiterbewegung um eine gerechte Gesellschaftsordnung Anhänger. Doch war insgesamt die Grundstimmung jener Kreise noch pessimistisch, nihilistisch und abwartend. Die Stimmung des Entweder-



Oder eines Kierkegaard ist das Ergebnis einer ökonomisch und geistig stark entwurzelten bürgerlichen Welt.

Aus der Fülle des literarischen Schaffens offenbaren besonders zwei Bücher die gesellschaftlichen Hintergründe dieser Zeit und erfassen vornehmlich die deutsche Intelligenz. Ich meine Thomas Manns Roman „Die Buddenbrooks“ und Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“. Der Schriftsteller schildert den Verfall einer bürgerlichen Familie, der Philosoph den Untergang der abendländischen Kultur. Mit selbstquälerischer Hingabe verschlang ein großer Teil der deutschen Intelligenz diese beiden Bücher. In ihnen spiegelt sich ihre eigene Klassenlage im Zeitalter des Monopolkapitals. Aber breite Kreise des deutschen Bürgertums und auch ein Teil seiner Intelligenz brachten nicht mehr die Kraft auf, dem großen Schriftsteller des deutschen Bürgertums auf seinem Wege zu einer fortschrittlich-humanistischen Weltanschauung zu folgen, sondern sie verschrieben sich erneut der Ideologie eines Mannes, der zu den geistigen Vorbereitern des Nazismus zählt. Mit seiner verhängnisvollen Lehre riß Spengler einen Teil des schwankenden Bürgertums und der Intelligenz mit sich.

Spengler gab dem angeschlagenen Kapitalismus die neue Theorie, mit deren Hilfe er die Schutztruppe aus dem Klein- und Mittelbürgertum für die Verteidigung seiner wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen gegen die Demokratie und die Arbeiterklasse wiedergewinnen sollte. Nach Spenglers Lehre ist schuld an dem Zusammenbruch, schuld an dem Verfall der Kultur natürlich nicht der Kapitalismus, sondern die Demokratie, der Liberalismus und die russische Revolution. Und wieder muß die Rassenlehre herhalten, um die antidemokratischen und antisozialistischen Absichten der herrschenden Klasse zu verschleiern. Die starke weiße Rasse, so sagt Spengler, muß sich gegen die farbigen Rassen zur Wehr setzen, und im eigenen Lande hat die führende Schicht die „weiße Weltrevolution“ zu bekämpfen, das heißt die unteren Schichten, die zur Macht und Geltung drängen. Um ihrem Ansturm erfolgreich widerstehen zu können, müssen Liberalismus



und Demokratie durch die neue Herrschaftsform des Cäsarismus abgelöst werden.

Wie immer, so ist auch nach der Lehre dieses Klopffechters des deutschen Finanzkapitals das deutsche Volk dazu ausersehen, den Cäsarismus hervorzubringen, der durch den Typus des harten, machthungrigen Herrenmenschen verkörpert werden soll. Damit hatten die Herren von der Ruhr wieder ihre Aktivlegitimation, die Bourgeoisie bekam wieder Auftrieb und übersteigerte sich zu einer „heroischen, soldatisch-kriegerischen Haltung“. Die alten reaktionären Gefühle und Gedanken waren von diesem Demagogen geschickt angesprochen: der Sendungsmythus, der primitive Haß gegen die vorrückende Arbeiterklasse, die Angst vor der „Vermassung“, der kleinbürgerliche Neid gegen die Arbeitervertreter in Regierung und Verwaltung, die Überheblichkeit gegenüber fremden Völkern und selbstverständlich die scheinheilige Berufung auf die Mission, Europa gegen die angebliche Gefahr des Bolschewismus schützen zu müssen.

Wie heute, so mußte auch nach 1918 die Bourgeoisie dem Ruf des Volkes nach Sozialismus Rechnung tragen. Also fälschte Spengler in der Schrift „Preußentum und Sozialismus“ die Lehre des Proletariats vom Klassenkampf und verwandelte sie in einen preußischen „Sozialismus“ der Zucht und Unterordnung unter die Botmäßigkeit des „faustischen Herrenmenschen“. Mit dieser Fälschung gab Spengler dem Vollstrecker seiner cäsarischen Staatslehre das Schulbeispiel, nur daß dieser aus dem preußischen einen „Nationalsozialismus“ machte. Die Wirkung dieses Demagogen und Wegbereiters des Faschismus auf die deutsche Intelligenz war ungewöhnlich groß. Noch einmal hoffte man, in völliger Verkenntung der eigenen Klassenlage, sich gegen den Sozialismus entscheiden zu können. Man warf die letzten Reste bürgerlich-demokratischen Gedankengutes über Bord und war auf den großen Vabanquespieler ideologisch vorbereitet. Aus der düsteren und menschenfeindlichen Lehre Spenglers gehen die Fäden nicht nur zu Rosenberg, Dinter und Moeller van den Bruck, sondern auch direkt zu dem Machwerk Hitlers „Mein Kampf“, um heute bei



der neuen Krankheit unserer Zeit, beim Existentialismus, zu landen.

Das also war der Weg des Verhängnisses: Von der Erklärung der nordischen Rasse zur höchsten Menschenrasse durch Gobineau über Chamberlains Glorifizierung der Deutschen als der höchsten Rasse unter den Ariern zum Herrenmenschen Nietzsches, über die Lüge von der Todsünde der Blutmischung und Spenglers Cäsarismus bis zum Ausbruch des Blutkultes und des Führerwahnsinns durch den Nazismus. In der Wandlung des deutschen Kapitalismus zum Monopolkapitalismus wird der ideologische und moralische Verfallsprozeß erkennbar, der im Nationalsozialismus und seiner Lehre seine letzte und bestialischste Herrschaftsform in Deutschland angetreten hatte.

Einem unheilbringenden Vulkan vergleichbar schleuderte der deutsche Imperialismus diesen Wechselbalg aus Lüge und Gewalt aus seinem Schoße, um die drohende proletarische Revolution abzuwehren und um ungestört zum zweiten Male den Marsch zur Weltherrschaft anzutreten. Um die europäischen Völker als Kolonialsklaven ausbeuten zu können, brauchte die deutsche Machtkombination von Finanz, Industrie, Großgrundbesitz und Militarismus eine Massenarmee. Die Naziideologie wurde als wirksame Massenideologie erkannt, der Auftrag wurde erteilt, und die Hölle öffnete ihre Schlünde. Die Vernunft wurde totgeschlagen. Die Bücher, die ihr dienten, wurden verbrannt. Der Rassenhaß wurde zum Richter über Leben und Tod. Mit dem antisemitischen Ruf: „Die Juden sind unser Unglück!“ lenkte man bewußt die Empörung der Massen über die sozialen Mißstände unter dem Kapitalismus von den wirklich Schuldigen ab und hetzte die unterdrückten Massen gegen eine schwache Minderheit. Es sei nicht zum Ruhme für die freie deutsche Forschung vermerkt, daß es dem Universitätsprofessor Treitschke vorbehalten war, in den „Preußischen Jahrbüchern“ als erster diesen Ruf zu propagieren. Auch die andere Zierde der deutschen Universität, der Professor Paul de Lagarde, sei erwähnt, der durch seine vielgelesenen „Deutschen Schriften“ breite Kreise der deutschen Intelligenz